

# Antragsübersicht

## 69. Landeskongress in Rüsselsheim

<b>Landtagswahlprogramm</b>			
<i>Nr.</i>	<i>Platz</i>	<i>Antragstitel</i>	<i>Antragsteller</i>
101		Landtagswahlprogramm der Jungen Liberalen für die Wahl 2018	Landesvorstand
<b>Bildung, Wissenschaft und Kultur</b>			
<i>Nr.</i>	<i>Platz</i>	<i>Antragstitel</i>	<i>Antragsteller</i>
201		Schulfach Wirtschaft einführen!	KV Wetterau
202		Abschaffung der Pflicht zur verfassten Studentenschaft	KV Frankfurt
203		Wie?! Ich kann Religion/ Ethik nicht abwählen?	KV Wetterau
204		Glaube ist Privatsache	KV Bergstraße
205		Doktor, Doktor ich brauch eine Medizin	KV Darmstadt
<b>Gesundheit, Arbeit und Soziales</b>			
<i>Nr.</i>	<i>Platz</i>	<i>Antragstitel</i>	<i>Antragsteller</i>
301		Sexualassistenzen im Rahmen therapeutischer Behandlungen	Felix Letkemann, Fabio Crisponi
302		Stammzellenspende finanziell Vergüten	KV Gießen
<b>Wirtschaft, Finanzen und Verkehr</b>			
<i>Nr.</i>	<i>Platz</i>	<i>Antragstitel</i>	<i>Antragsteller</i>
401		Warum darf der kostenlos zum Shoppen fahren aber ich nicht? – Kostenloses Schülerticket Hessen für alle Schulpflichtigen	Ilija Scherer
402		Damit ich mit meinem Ticket auch nach der Party nach Hause kann – Pilotversuch mit AST-Verkehren im ländlichen Raum an Wochenenden nachts	Ilija Scherer
403		Infrastrukturprobleme in Hessen beseitigen	KV Wetterau
404		Vision zur Energieerzeugung und -versorgung in Deutschland	KV Wetterau
405		Stärkere Förderung von StartUps	RV Offenbach
406		Stärkung der Fotografen	RV Offenbach
407		Abschaffung der Kirchensteuer	RV Offenbach

408		Hyperloop	RV Offenbach
409		Tote Bahnstrecken erschließen keinen ländlichen Raum	KV Hochtaunus
410		Startups Unterstützen: Aber richtig	KV Gießen
411		Für ein gerechtes und transparentes Steuerkonzept der Zukunft	KV Gießen
412		Innovationsförderung durch bessere Rahmenbedingungen für Startups	BV Westhessen-Nassau, KV Rheingau-Taunus
413		Neues Denken in der Verkehrspolitik	KV Wiesbaden
414		Nachtflugverbot wetterfest machen!	KV Frankfurt
415		Keine Subventionen durch die Hintertür – Globaler Wettbewerb auch für Airlines	KV Frankfurt

### Innen und Recht

<i>Nr.</i>	<i>Platz</i>	<i>Antragstitel</i>	<i>Antragsteller</i>
501		Verlängerung der Legislaturperiode des Deutschen Bundestages auf 5 Jahre	KV Groß-Gerau
502		Amtszeitbeschränkungen für Bundeskanzler und Ministerpräsidenten	RV Offenbach
503		Terror fürchtet keine Kameras	KV Hochtaunus
504		Rauchverbot in Autos mit Kindern	KV Frankfurt
505		Übergeordnete Überwachung der Polizei	KV Gießen
506		Recht spricht, wer das Versmaß nicht bricht ... oder wie ich den Kettenreim lieben lernte!	Alexander Hausmann
507		Öffnung der Bundeswehr für EU-Ausländer	KV Gießen
508		Indiskretionen beim Drogenscreening abschaffen	André Weber
509		Heimatverbundenheit für Hessen	KV Darmstadt, Florian Möller
510		Gegen Bevormundung! Rauchen ist keine Schande	Nicolas Obitz, Alex Haas, Marcel Becker, KV Junge Liberale Lahn-Dill

### Umwelt und Agrar

<i>Nr.</i>	<i>Platz</i>	<i>Antragstitel</i>	<i>Antragsteller</i>
601		The night is dark - not full of terrors	Georg Wässa
602		Freigabe von Schusswaffen zur Waschbärenjagd	KV Gießen
603		Landwirtschaft erfahrbar machen – Was der Verbraucher kennt, das beschimpft er nicht	KV Waldeck-Frankenberg

<b>Medien, Internet und Kommunikation</b>			
<i>Nr.</i>	<i>Platz</i>	<i>Antragstitel</i>	<i>Antragsteller</i>
701		Freies video-on-demand statt staatliches demand on video	KV Marburg-Biedenkopf, Philipp Kellermann
702		Staatliche Administratoren anstelle privater Löschkommandos	KV Main-Taunus
<b>Internationale Politik</b>			
<i>Nr.</i>	<i>Platz</i>	<i>Antragstitel</i>	<i>Antragsteller</i>
801		Unabhängigkeit für Kurdistan	KV Gießen
<b>Innerverbandliches, FDP</b>			
<i>Nr.</i>	<i>Platz</i>	<i>Antragstitel</i>	<i>Antragsteller</i>
901		Jamaika ist bisher vor allem eine schöne Insel	KV Wiesbaden
902		Junge Liberale im Umgang mit linken und rechten Populisten	KV Wiesbaden

Antragsteller: Landesvorstand

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 Landtagswahlprogramm der Jungen Liberalen für die 2 Wahl 2018

3 Von Darmstadt bis Kassel, von Limburg bis Fulda – Hessen ist in allen Himmelsrichtungen  
4 lebens- und liebenswert. Wir Junge Liberale möchten Politik für alle Bürger unseres  
5 Bundeslandes gestalten. Dabei wollen wir die Möglichkeiten und Potenziale sowohl der  
6 Ballungszentren als auch der ländlichen Regionen ausschöpfen, die Hessens Facettenreichtum  
7 erst zusammen ausmachen.

8 Die Jungen Liberalen setzen sich für eine nach vorne gewandte Politik ein, die Lösungen sucht,  
9 Reformen angeht und nicht im Stillstand verharrt. Mit starken Bürgerrechten als Leitlinie und  
10 unseren Ideen für die Landespolitik wollen wir Hessen 2018 ein Update verpassen. Nur mit  
11 individuellen Bildungskonzepten, einer zukunftsfähigen Wirtschaft, einer modernen Infrastruktur  
12 und besonnenen Reformen in der Innenpolitik wird Hessen nicht nur deutschlandweit sondern  
13 international vorne liegen.

14 2018 hat Hessen die Wahl: Mit diesem Programm wollen wir Dir eine geben!

15

## 16 Bildung

17 Bildung steht für die Jungen Liberalen Hessen im Zentrum einer zukunftsgerichteten Politik und  
18 ist das Fundament für Chancengerechtigkeit. Bildung beginnt für uns in der Kita, geht über die  
19 Grundschule, die weiterführende Schule bis hin zur Ausbildung oder zum Studium - wir nehmen  
20 uns Bildung in allen Lebenslagen an. Wir wollen, dass jedes Kind, unterstützt durch sinnvolle  
21 Rahmenbedingungen, neue digitale Möglichkeiten und hohe Durchlässigkeit im Bildungssystem,  
22 seinen individuellen Weg gehen kann.

23

24 Für die **frühkindliche Bildung** fordern wir:

25 **1. Gerechte Chancen beginnen in der KiTa:** Damit alle Kinder mit den gleichen  
26 Voraussetzungen in die Grundschule starten, fordern wir die Einführung von Tests zu Beginn des  
27 vierten und fünften Lebensjahres jedes Kindes. Hierbei soll der Entwicklungsstand der Kinder  
28 sowohl auf motorische und kognitive Fähigkeiten sowie ausreichende Sprachkenntnisse und  
29 soziale Kompetenzen überprüft werden. Sollten hierbei Defizite vorliegen, tritt für das Kind eine  
30 Pflicht zum Besuch eines Kindergartens ein.

31 **2. KiTa around the clock:** Für viele Eltern in Nacht- oder Schichtarbeit sind die gängigen  
32 Öffnungszeiten von Kindertagesstätten nicht kompatibel mit ihrem Arbeitsleben. Hierfür müssen  
33 zeitlich flexiblere Angebote der Kinderbetreuung abseits des 9to5-Jobs Optionen für alle

34 Berufsgruppen bieten. Wir setzen uns für den breiteren Ausbau und die Förderung von  
35 Betriebskindergärten, auch und insbesondere bei kleinen und mittelständigen Unternehmen, ein.

### 36 **3. KiTa-Gebühren:**

37 a) Alternative: Die Jungen Liberalen Hessen stellen die Qualität der Betreuung in den  
38 Kindertagesstätten in den Mittelpunkt, und sehen die vollständige Kostenfreiheit einer  
39 Ganztagesbetreuung als mittelfristig erstrebenswertes Ziel an.

40 b) Alternative: Um jedem Kind den Besuch einer Kita zu ermöglichen, setzen wir uns für die  
41 vollständige Gebührenfreiheit ein.

42

43 Für die **Schulen** fordern wir:

44 1. **Selbstständige Schule**: Für die Jungen Liberalen Hessen stellt Schulautonomie den  
45 bestmöglichen Weg dar, um innerhalb des staatlichen Rahmens eine größtmögliche  
46 Gestaltungsfreiheit der Schulen zu erzielen. Durch die finanzielle, personelle, organisatorische  
47 sowie pädagogische Selbstverwaltung können Schulen eigenständig auf Bedürfnisse von  
48 Schülern, Lehrern und Eltern reagieren und individuelle Schwerpunkte im Schulbetrieb setzen.

49 2. **Kooperationsgebot statt Kooperationsverbot**: Die Jungen Liberalen Hessen setzen sich für  
50 ein Kooperationsgebot von Bund und Ländern in der Bildung ein. Hierdurch sollen zum einen  
51 finanzielle Investitionen aus Bundesmitteln ermöglicht werden. Zum anderen müssen  
52 Schulabschlussprüfungen deutschlandweit vergleichbar werden, um Bildungsniveaus nach  
53 Abschlüssen bundesweit gegenüberstellen zu können.

54 3. **Du bestimmst dein Tempo**: Die Jungen Liberalen Hessen befürworten die Wahlfreiheit der  
55 Schulen zwischen G8 und G9. Jeder Abiturient soll selbst bestimmen, wie viel Zeit er sich für den  
56 Abschluss nehmen möchte, und die Argumente für beide Seiten selbst abwägen können.

57 4. Zwei Optionen:

58 a) **Hauptschulabschluss praktisch stärken**: Nicht zuletzt durch die steigenden  
59 Abiturientenzahlen haben Hauptschulen eine Abwertung erfahren, der durch neue Zielsetzungen  
60 und Lehrinhalte entgegengewirkt werden muss. Dementsprechend sollen Hauptschulen ein  
61 Fächerprofil aufbauen, das neben dem üblichen Allgemeinwissen auch gezielte Fähigkeiten für  
62 handwerkliche Berufe ausbildet. So wird im Ausbildungsprofil ein Vorteil gegenüber anderen  
63 Schulformen erzielt und ein neuer sinnvoller Platz für diese Schulform etabliert.

64 b) **Hauptschule abschaffen**: Die Hauptschule als Schulform hat sich in den vergangenen  
65 Jahren als wenig zukunftsfruchtig erwiesen. Da in der Realität keine eigenständigen  
66 Hauptschulen mehr in Hessen existieren und das Image dieser Schulform unwiederbringlich  
67 gelitten hat, setzen wir uns für eine Abschaffung der Hauptschulform ein. Stattdessen wollen wir  
68 Realschulen deutlich stärken und durch unterschiedliche Fächerprofile hier mehr Wahlfreiheit  
69 aufbauen, um ein zukünftig zweigliedriges Schulsystem nachhaltig zu stärken.

70 5. **Schulvielfalt**: Die JuLis Hessen verteidigen die Schulvielfalt. Statt einer Einheitsschule für alle  
71 muss es die Wahlfreiheit zwischen unterschiedlichen Schulformen geben. Wir JuLis treten für ein  
72 breites Angebot an Schultypen ein: Nur so ist gewährleistet, dass jeder Schüler optimal gefördert  
73 werden kann. Darüber hinaus sollen Schulen in freier Trägerschaft gleichgestellt werden. Die  
74 Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schulformen sind essentiell und Voraussetzung für  
75 das funktionieren des mehrgliedrigen Schulsystems, diese ist auch in Hessen weiter zu stärken.

76 6. **Ganztagschule und -Betreuung**: Wir setzen uns für den Ausbau von Ganztagsangeboten  
77 an Schulen, insbesondere an Grundschulen, ein. Die freiwilligen Angebote sollen vor allem durch  
78 Kooperation mit örtlichen Sportvereinen, Musikschulen und anderen Vereinen ermöglicht  
79 werden. Bis zum Jahre 2023, soll in ganz Hessen die Ganztagsbetreuung bis 17 Uhr an jeder

- 80 Schule ermöglicht werden
- 81 **7. Lerchen sind nicht die besseren Vögel:** Die Jungen Liberalen Hessen fordern eine  
82 Flexibilisierung der Schulanfangszeiten ab der Mittelstufe, die eine bessere Anpassung der  
83 Lehrzeiten an den Biorhythmus der Schüler ermöglichen können. Hierbei sollen keine zentralen  
84 Regelungen vorgeschrieben werden, sondern Schulen im Zuge der selbstständigen Schule ihr  
85 Verfahren bestimmen.
- 86 **8. Schulsozialarbeit:** Die Jungen Liberalen Hessen sehen den Ausbau der Schulsozialarbeit als  
87 ein wichtiges Standbein für ein gutes Schulklima und dem Erlernen von sozialen Kompetenzen.  
88 Damit werden auch Lehrer entlastet, die sich ihren Hauptaufgaben widmen sollen. Die  
89 Schulsozialarbeit soll jeweils zu einem Drittel von Kommune, Kreis und Land finanziert werden.
- 90 **9. Inklusion:** Die Inklusion in Hessen hat in der Vergangenheit viele Regelschulen überfordert.  
91 Schüler mit geistiger oder körperlicher Behinderung sollen die Möglichkeit haben, sowohl  
92 Regelschulen als auch Förderschulen besuchen zu können. In Regelschulen sollen sie  
93 individuell und mit besonderem Unterstützungsbedarf gefördert werden. Gleichmaßen gehören  
94 Förderschulen für uns zu einem ausgewogenen Schulangebot, das vielen Schülern eine optimale  
95 Betreuung und individuellere Lernkonzepte ermöglichen kann.
- 96 **10. Wenn ich groß bin...:** Die Vorbereitung von Schülern auf die zukünftige Ausbildungs- und  
97 Studienwahl ist unzureichend. Um dem entgegenzutreten soll im Gymnasium ab der Oberstufe  
98 und in den anderen Schulformen ab der Mittelstufe eine monatlich stattfindende freiwillige  
99 Berufs-AG in Kooperationen mit der Agentur für Arbeit sowie örtlichen Ausbildungsbetrieben und  
100 Hochschulen angeboten werden. Dies ermöglicht eine regelmäßige Beschäftigung mit  
101 unterschiedlichen Berufsgruppen und eine stetige Präsenz des Themas Beruf vor dem  
102 Abschluss.
- 103 **11. Anreize und Aufstiegschancen:** Ein Problem des Lehrerberufs ist, dass die  
104 Aufstiegschancen gering sind und gute Leistungen keine materielle Belohnung erfahren. Hierbei  
105 sind verstärkte Anreize, bspw. bei überdurchschnittlichem Kursabschneiden in  
106 Vergleichsklausuren oder Leistungssteigerungen der Klasse, erstrebenswert und können die  
107 allgemeine Motivation steigern.
- 108 **12. Geeks ausbilden!:** Die Jungen Liberalen Hessen setzen sich für die Aufnahme des  
109 Informatikunterrichts in den mathematisch- naturwissenschaftlichen Fächerkanon ein. Dabei soll  
110 Informatik als Pflichtfach für mindestens ein Jahr angeboten werden und insbesondere  
111 Grundkenntnisse einer aktuellen Programmiersprache vermittelt werden. In der Oberstufe soll  
112 eine deutliche Ausweitung der Möglichkeiten von Informatik als Wahl- und Leistungskursfach  
113 erfolgen.
- 114 **13. Sprachunterricht überdenken:** Zwei Optionen
- 115 a) Latein als zweite Fremdsprache muss überdacht werden. Fremdsprachen im Lehrplan dienen  
116 als Fenster zur Welt und sollen internationale Kommunikation im Berufs- und Privatleben  
117 ermöglichen. Deswegen setzen die Jungen Liberalen Hessen sich für flächendeckende  
118 Mindestauswahlmöglichkeiten von Französisch und Spanisch als zweiter Fremdsprache ein.  
119 Nichtsdestotrotz sollen Schulen selbstbestimmt weitere Sprachen wie Latein oder Chinesisch als  
120 zweite Fremdsprache anbieten können.
- 121 b) Latein ist für uns nach wie vor ein Mittel, um Geschichte und sprachliche Konstruktionen zu  
122 verstehen. Deswegen setzen wir uns für die Beibehaltung von Latein als  
123 Pflichtauswahlmöglichkeit neben Französisch für die zweite Fremdsprache ein. Nichtsdestotrotz  
124 sollen Schulen selbstbestimmt weitere Sprachen wie Spanisch oder Chinesisch als zweite  
125 Fremdsprache anbieten können.
- 126 **14. Globale Perspektive – auch im Unterricht:** Um ein Verständnis für kulturelle und

127 historische Entwicklungen weltweit zu bekommen, sollen in den Geschichts- und Powiunterricht  
128 internationale Exkurse integriert werden. Ziel ist hierbei nicht, einen vollständigen Überblick zu  
129 bekommen, sondern gezielte Einblicke in Perspektiven abseits der westlichen Welt zu schaffen.

130

131 Für die **Digitalisierungsoffensive** an Schulen fordern wir:

132 1. **Digitalisierungsbudget:** Um in ganz Hessen einen gleichmäßigen Ausbau der digitalen  
133 Möglichkeiten zu gewährleisten, muss das Land ein Digitalisierungsbudget für Schulen zur  
134 Verfügung stellen. Im Gegenzug sind die Schulträger und das Kultusministerium verpflichtet,  
135 einen Medienentwicklungsplan sowie ein dazugehöriges Fortbildungskonzept vorzulegen. Die  
136 Gelder sind zweckgebunden für den Ausbau der digitalen Infrastruktur zu nutzen.

137 2. **Digital selbstständig:** Im Zuge der Selbstständigkeit der Schule sollen diese selber  
138 entscheiden dürfen, welche Plattform, z.B. Tablet, Smartboard oder interaktiver Beamer, für ihre  
139 Belange am besten geeignet ist. Eine Ausstattung mit Tablets bringt allerdings nichts, wenn nicht  
140 gleichzeitig auch für eine vernünftige WLAN Anbindung gesorgt ist, weshalb diese ausgeweitet  
141 werden soll.

142 3. **Früh übt sich, wer ein Zuckerberg werden will:** Um die Medienkompetenz auch in jüngeren  
143 Jahrgängen zu gewährleisten, muss eine sukzessive Steigerung digitaler Lernmittel erfolgen,  
144 sofern diese sinnvoll in den Unterricht eingebunden werden können. Bereits ab der ersten Klasse  
145 wird somit der Umgang mit digitalen Medien geschult. Nach der vierten Klasse soll ein  
146 grundsätzliches Medienverständnis vorhanden sein. Im Zuge dessen ist der Erhalt eines  
147 Digitalführerscheins, mit dem der sichere Umgang mit digitalen Medien bescheinigt wird,  
148 vorgesehen.

149 4. **IT-Beauftragter:** Um dem Lehrerkollegium neue Lernprogramme näher zu bringen und diese  
150 bei der Anwendung zu unterstützen, fordern wir die Schaffung eines IT-Beauftragten an Schulen,  
151 welcher möglichst intern besetzt werden soll. Um der Tätigkeit als IT-Beauftragter gerecht zu  
152 werden, soll die betreffende Lehrkraft eine ausreichende Stundenreduzierung erhalten.

153

154 Für die **weiterführende Bildung** fordern wir:

155 1. **Bafög ohne deine Mudda:** Die Jungen Liberalen Hessen setzen sich für ein eltern- und  
156 einkommensunabhängiges Bafög ein, um ein Studium unabhängig von der familiären Situation  
157 zu ermöglichen. Auszubildende sollen denselben Anspruch haben, sofern ihr Ausbildungsgehalt  
158 nicht zum Leben ausreicht.

159 2. Zwei Optionen:

160 a) **Studiengebühren? Nein, danke!:** Die Jungen Liberalen Hessen lehnen Studiengebühren ab.  
161 Für uns stellt Bildung Deutschlands größte Ressource und wichtigste Investition dar. Daher  
162 wollen wir die für den Zugang zu Hochschulbildung finanziellen und die damit einhergehenden  
163 psychischen Hürden so gering wie möglich gehalten werden, um jedem Schüler, der den Weg  
164 des Hochschulstudiums gehen möchte, diesen Weg zu ermöglichen.

165 b) **Nachgelagerte Studiengebühren:** Studiengebühren aber nachgelagert. Die Jungen  
166 Liberalen Hessen sprechen sich für nachgelagerte Studiengebühren aus. Die Höhe dieser  
167 bestimmen die Universitäten selbst. Die erhobenen Gebühren kommen ausschließlich dem  
168 Fachbereich der jeweiligen Universität zu gute. Die nachgelagerten Studiengebühren werden  
169 unter Berücksichtigung eines Grundfreibetrags an die Einkommenshöhe gekoppelt. Dadurch hat  
170 jeder junge Mensch die Möglichkeit, ein Hochschulstudium zu absolvieren.

171 3. **Hochschulsponsorship:** Wir sprechen uns für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen  
172 Hochschulen und Wirtschaft aus. Das finanzielle Engagement von Unternehmen trägt nicht nur

173 zur besseren finanziellen Ausstattung von Hochschulen bei, sondern ermöglicht Studierenden  
174 auch Kontakte zu Unternehmen und Einblicke in die Berufspraxis.

175 **4. Keine Pflicht zur verfassten Studierendenschaft:** Wir fordern das Ende der Pflicht zur  
176 verfassten Studierendenschaft. Jeder Student hat zu Beginn jeden Semesters die Möglichkeit,  
177 sich in die Studierendenschaft einzuschreiben oder auszutreten. Nicht-Mitglieder sind weder  
178 berechtigt zur Teilnahme an den Hochschulwahlen noch dürfen von ihnen Beiträge erhoben  
179 werden.

180 **5. Stärkung der Ausbildung:** Für die Jungen Liberalen Hessen ist ein Meister so viel wert wie  
181 ein Master. Eine Ausbildung steht einem Studium in nichts nach und die zunehmende  
182 Akademisierung von bewährten Ausbildungsberufen kritisieren wir. Obwohl das duale  
183 Ausbildungsmodell weltweit Anerkennung und Nachahmer findet, büßt es in Deutschland  
184 Attraktivität bei Absolventen ein und muss deshalb als Option auch für Gymnasiasten präsenter  
185 werden. Nichtsdestotrotz dürfen bestimmte Ausbildungsberufe nicht generell vor Realschülern  
186 verschlossen werden.

187 **6. Bildung ist Standortfaktor:** Wir sprechen uns für eine ausbildungsplatznahe Beschulung in  
188 so vielen Ausbildungsberufen wie sinnvoll nötig aus. In Berufssparten mit landes- oder  
189 bundesweit wenigen Auszubildenden können Blockunterrichtphasen durch digitale Lernangebote  
190 ergänzt werden.

191 **7. Azubis go international:** Analog zum Erasmus-Studienaufenthalt soll für Ausbildungen mit  
192 blockweisen Berufsschulphasen die Option geschaffen werden, einen Teil der Schulphase an  
193 einer Partnerschule im Ausland zu absolvieren. Darüber hinaus sollen Auszubildende auch in  
194 ausländischen Zweigniederlassungen nach deutschen Standards betrieblich ausgebildet werden  
195 können.

196 **8. Freiwilliges Jahr in der Landwirtschaft:** Die Jungen Liberalen Hessen fordern die  
197 Einführung der Möglichkeit eines freiwilligen Jahres in der Landwirtschaft. Wir sehen darin die  
198 Chance, jungen Erwachsenen reale Einblicke in landwirtschaftliche Betriebe zu geben und so  
199 einen verstärkten Bezug und Dialog herzustellen.

200

## 201 **Wirtschaft, Infrastruktur und Energie**

202 Hessen stellt mit der Finanzmetropole Frankfurt, dem Hauptsitz vieler internationaler  
203 Unternehmen und Hidden Champions im ganzen Landesgebiet einen der wichtigsten  
204 Wirtschaftsstandorte Europas dar. Die wachsenden Anforderungen durch die Digitalisierung  
205 sowie die großen Chancen durch den Brexit schaffen Herausforderungen, die insbesondere in  
206 der nächsten Wahlperiode relevant werden. Gleichzeitig kann Hessen nur durch sinnvolle  
207 Infrastrukturkonzepte bestehen, die Investitions-, Verkehrs- und Datenstaus abbauen.

208

209 **Für Wirtschaft und Energie** fordern wir:

210 **1. Von Brexit zu Hello Frankfurt:** Die Jungen Liberalen Hessen unterstützen ausdrücklich die  
211 Bestrebungen, Frankfurt als führenden Finanzplatz innerhalb der EU nach dem Brexit zu stärken.  
212 Der Staat steht hierbei in der Pflicht, bürokratische Hürden abzubauen und die entsprechende  
213 Infrastruktur bereitzustellen, um international Spitzenreiter zu werden.

214 **2. Amazon macht auch nicht zu:** Die Jungen Liberalen Hessen setzen sich für flexible  
215 Ladenöffnungszeiten ein. Jedes Geschäft soll individuell über seine Öffnungszeiten und -tage  
216 entscheiden. Das Arbeitsverbot an Sonn- und Feiertagen ist für uns nicht zeitgemäß. Stattdessen  
217 sollen Ladeninhaber frei über ihre Ruhetage entscheiden können.



218 **3. Frankfurter Flughafen - Unser Tor zur Welt:** Der Frankfurter Flughafen ist als größter  
219 deutscher Flughafen das Drehkreuz zum Rest der Welt, schafft das Fundament für Arbeitsplätze  
220 weit über die Region hinaus und ist einer der entscheidenden Motoren der hessischen  
221 Wirtschaft. Die Jungen Liberalen Hessen sprechen sich klar für den Fraport aus und unterstützen  
222 Maßnahmen zur Stärkung und Erweiterung des Flughafens.

223 **4. Zukunft für den Kassel Airport:** Der Flughafen Kassel entwickelt sich durch ein stetiges  
224 Wachstum an Passagieren und Flugbewegungen und erreicht jährlich die an ihn gerichteten  
225 Einsparziele der Landesregierung. Eine Rückstufung zum Verkehrslandeplatz ist unter diesen  
226 Voraussetzungen abzulehnen.

227 **5. Gründerkultur stärken:** Die digitale Revolution führt zu einem Boom der  
228 Unternehmensgründung und in den letzten Jahren ist ein neues Bewusstsein für Gründerkultur  
229 gewachsen. Leider werden vielen Jungunternehmern vom Staat noch zu viele Steine in den Weg  
230 gelegt. Zur Entlastung von Unternehmensgründern fordern wir die Abschaffung des Notarzwangs  
231 bei der Gründung einer GmbH oder UG sowie die Einführung der IST-Besteuerung bei der  
232 Umsatzsteuer. Des Weiteren sprechen wir uns für die Einführung eines Gründer-Bafögs aus, das  
233 junger Unternehmen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes im ersten Gründungsjahr  
234 beantragen können.

235 **6. Bürokratie vereinfachen:** Die Jungen Liberalen fordern kleine und mittelständische  
236 Unternehmen in Hessen, die in einer großen Zahl Marktführer sind, von Bürokratie- und  
237 Dokumentationspflichten zu entlasten, um dadurch nachhaltige Investitionen freizusetzen. Dies  
238 stärkt langfristig den Wirtschaftsstandort Hessen und schafft attraktive Arbeitsplätze in  
239 zukunftsweisenden Branchen.

240 **7. Behörden digital verwalten:** Um das Leben für alle einfacher zu machen, wollen wir die  
241 Behördendigitalisierung voranbringen und Behördengänge sowie -kommunikation online  
242 ermöglichen. Notwendige Termine sollen ebenfalls digital vorab reserviert werden können, um  
243 lange Wartezeiten zu vermeiden. Unternehmensgründer sollen in der Verwaltung einen zentralen  
244 Ansprechpartner erhalten, mit dem alle notwendigen Belange organisiert werden können.

245 **8. Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in der Industrie- und Handelskammer:** Die Jungen  
246 Liberalen Hessen fordern die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in der IHK für Unternehmen.  
247 Wir erkennen die Leistungen der IHK an und halten sie weiterhin für einen wichtigen Teil des  
248 Wirtschaftslebens, der insbesondere für das Ausbildungssystem elementar ist. Nichtsdestotrotz  
249 belasten Zwangsbeiträge insbesondere kleine und junge Unternehmen, die sich selbstständig für  
250 eine Mitgliedschaft entscheiden können sollen.

251 **9. Windkraft in Hessen:** Die Jungen Liberalen Hessen befürworten generell den Ausbau neuer  
252 Technologien. Im Fall der Windkraft ist ein ideologischer Streit in Hessens Gemeinden  
253 ausgebrochen, dem rationale Argumente entgegengesetzt werden müssen. Hierfür müssen  
254 Kosten-Nutzen-Analysen herangezogen werden sowie Naturschutz und Landschaftsbild  
255 betrachtet werden. Nichtsdestotrotz ist Windkraft nicht der Ursprung allen Übels und muss im  
256 Rahmen eines zukunftssträchtigen Energiemixes genauso in Betracht gezogen werden.

257

258 Für unsere **Infrastruktur** fordern wir:

259 **1. Breitbandausbau jetzt!** Die Jungen Liberalen Hessen fordern einen verstärkten Ausbau der  
260 Glasfaserleitungen in Hessen, um auch ländliche Regionen digital zu stärken. Die digitale  
261 Infrastruktur ist ein entscheidender Standortfaktor der die Attraktivität für Privatpersonen und  
262 Unternehmen erhöht.

263 **2. Wachse zusammen, was zusammen gehört:** Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV)  
264 ist elementar für die Mobilität vieler Menschen. Für einen effizienteren hessenweiten ÖPNV

265 fordern wir die Zusammenlegung von NVV (Nordhessischer Verkehrsbund) und RMV  
266 (Rhein-Main Verkehrsbund), wobei Tarife flexibilisiert und an die Fahrtstrecke angepasst werden  
267 sollen. Zudem unterstützen die Jungen Liberalen Hessen den Einsatz von E-Ticket-Systemen.

268 **3. Straßenqualität verbessern:** Wir stellen eklatante Mängel an vielen hessischen Straßen und  
269 Brücken fest. Hierfür fordern wir entschiedene und zügige Maßnahmen zur Verbesserung der  
270 Straßenqualität.

271 **4. Bahnoffensive Hessen:** Die Bahn als wichtiger Verkehrsträger wurde in der Vergangenheit  
272 stark vernachlässigt. Wir fordern eine Bahnoffensive in Hessen, die die Pünktlichkeit und  
273 Zuverlässigkeit der Regionalbahnen erhöht. Dabei muss die S-Bahn Rhein-Main erheblich  
274 ausgebaut werden und Neuerungen der Regionaltangente West sowie der nordmainische  
275 S-Bahn erfolgen.

276 **5. Schicht-Betrieb auf Autobahnbaustellen:** Baustellen auf Bundesautobahnen in Hessen  
277 sollen grundsätzlich in Schicht-Betrieben durchgeführt werden. Das Baustellenmanagement ist  
278 zu verbessern, um Bauzeiten zu verkürzen und Verkehrsbehinderungen zu reduzieren.

279

## 280 **Innenpolitik**

281 Die Jungen Liberalen Hessen erkennen Innenpolitik als fundamentales Politikfeld, um  
282 demokratische Partizipation und den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu erhalten und zu  
283 fördern, an. Dabei hat der Staat im Bereich der Sicherheitspolitik die besondere Verantwortung,  
284 die Erfüllung dieser hoheitliche Aufgabe ständig zu gewährleisten und ihre Funktionsfähigkeit  
285 neu zu evaluieren.

286

287 Für die **Innenpolitik** fordern wir:

288 **1. Wahlrecht mit 16:** Die Jungen Liberalen Hessen fordern eine Absenkung des aktiven  
289 Wahlalters für Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre. Die Demokratie lebt von  
290 Partizipation, Mitbestimmung, dem Interesse für politische Themen und sollte die gesamte  
291 Bevölkerung repräsentieren. In der Absenkung des Wahlalters sehen wir einen Schritt in  
292 Richtung Generationengerechtigkeit. Gleichzeitig soll die Senkung des passiven Wahlrechts bei  
293 Landtagswahlen auf 18 Jahre erfolgen.

294 **2. Cannabis legalisieren:** Die Jungen Liberalen Hessen sprechen sich für einen aufgeklärten  
295 und verantwortlichen Umgang mit Drogen aus. Deshalb möchten wir den Besitz von  
296 sogenannten weichen Drogen, wie Cannabinoide legalisieren. Apotheken sollen hierbei als  
297 legale Verkaufsstätte dienen, um Erwachsenen den eigenverantwortlichen Konsum zu  
298 ermöglichen.

299 **3. Verbote verbieten:** Jeder soll nach seiner Façon leben und seine Freizeit so gestalten, wie er  
300 es möchte ohne andere dabei einzuschränken. Daher lehnen wir nicht zwingend erforderliche  
301 Verbote, wie zum Beispiel das Tanzverbot an hohen kirchlichen Feiertagen sowie staatliche  
302 Alkoholverbote, ab.

303 **4. Hessens Verfassung ins 21. Jahrhundert holen:** Die Jungen Liberalen Hessen setzen sich  
304 für eine moderne und lebendige Verfassung ein. Aus diesem Grund setzen wir uns für  
305 Infrastruktur und Kultur als Staatsziele ein und fordern die Streichung der Sozialisierungsklausel  
306 sowie der Todesstrafe. In einem aufgeklärten und pluralistischen Land bedarf es nicht mehr des  
307 Gottesbezugs in der Präambel der hessischen Verfassung. Wir setzen uns daher für dessen  
308 Streichung ein.

309 **5. Nicht verbeamtet, nicht befristet:** Verbeamtungen sollen in Hessen zukünftig nur noch für

310 hoheitliche Aufgaben erfolgen. Gleichzeitig lehnen wir befristete Anstellungsverhältnisse, im  
311 Rahmen derer z.B. Lehrer zu den Sommerferien freigestellt werden, strikt ab.

312 **6. Kulturland Hessen:** Die Jungen Liberalen Hessen sehen Kultur als wichtigen Bestandteil des  
313 gesellschaftlichen Lebens an. Deswegen befürworten wir staatliche Unterstützung des  
314 Kulturbereichs, die jedoch nur Hand in Hand mit verantwortungsvollem Haushalten von Seiten  
315 der Kulturinstitutionen gehen kann.

316 **7. Breitensport fördern:** Die Jungen Liberalen Hessen begreifen Breitensport in Schulen,  
317 Betrieben und Vereinen als einen elementaren Teil des Alltags der Bevölkerung. Hierbei  
318 begreifen wir Breitensport weiterhin als Länderzuständigkeit, innerhalb derer insbesondere  
319 Vereine, z.B. durch die Vernetzung mit Schulen, im Fokus stehen sollten.

320

321 Für **Sicherheit und Polizei** fordern wir:

322 **1. Gegen flächendeckende Videoüberwachung, Polizisten präsent machen:** Die Jungen  
323 Liberalen Hessen sprechen sich gegen Videoüberwachung in der Fläche aus, da ein zu starker  
324 Eingriff in die Privatsphäre der Bürger besteht. An Orten mit häufigem Kriminalitätsvorkommen  
325 kann sie jedoch zur besseren Aufklärung eingesetzt werden. Die bereits verwendeten Kameras  
326 sollen modernisiert werden, um für besser erkennbare Bilder zu sorgen. Stattdessen befürworten  
327 wir mehr Präsenz durch Polizeibeamte dort im öffentlichen Raum, wo sie auch benötigt wird.

328 **2. Polizei ausrüsten:** Um die Handlungsfähigkeit der Polizei zu gewährleisten, ist eine  
329 Modernisierung der Ausstattung dringend notwendig. Hierzu zählen insbesondere der Einsatz  
330 von Bodycams, Drohnen zur Aufklärung bei Bedrohungslagen und Computersystemen in  
331 Streifenwagen zur mobilen Erfassung von Fahndungsdaten. Die Jungen Liberalen Hessen  
332 sprechen sich für eine anonymisierte Kennzeichnung von Polizisten ein.

333 **3. Polizei aufstocken:** In Hessen ist die Polizei und Justiz unterbesetzt. Die Schaffung von  
334 neuen Stellen ist in beiden Bereichen erforderlich, um die Durchsetzung des Rechtsstaates zu  
335 ermöglichen. In den nächsten Jahren ist die Anzahl der Überstunden bei Polizei und Justiz zu  
336 reduzieren.

337 **4. Cyberkriminalität bekämpfen:** Beim LKA ist die Anzahl der IT-Spezialisten zu erhöhen, um  
338 den Anforderungen an Internetkriminalität und Datenauswertung gerecht zu werden sowie die  
339 einzelnen Polizeidienststellen zu entlasten.

340 **5. Polizeimonopol statt freiwilliger Dienste:** Der Einsatz von freiwilligen Polizeidiensten ist  
341 abzulehnen. Dieser trägt nicht zur objektiven Sicherheitslage bei.

342 **6. Spitzenpersonal ausbilden und anziehen:** Das Anforderungsprofil von Polizisten darf nicht  
343 unter ein gewisses Minimum abgesenkt werden. Hierbei sollte die persönliche Eignung des  
344 Bewerbers und nicht seine schulische Qualifikation die entscheidende Rolle spielen. Aus diesem  
345 Grund sollte der Polizeidienst auch wieder für Realschüler zugänglich gemacht werden.  
346 Insbesondere ist auf ein sauberes Führungszeugnis zu achten. Wir sprechen uns für eine  
347 Anhebung des Gehaltsniveaus der Polizisten auf Bundesdurchschnitt aus. Eine  
348 Ausdifferenzierung der Gehaltsstufen ist einzuführen, welche in den Rängen kenntlich gemacht  
349 werden soll. Die Gesamtstruktur der Polizeiränge ist dabei aufrechtzuerhalten.

350 **7. Informationsaustausch verbessern:** Zur besseren Koordinierung der Ermittlungen sollen alle  
351 Kriminaldaten zentral gespeichert werden. Auf dieses sollen alle LKAs direkt zugreifen können,  
352 um länderübergreifende Ermittlungen zu vereinfachen.

Antragsteller: KV Wetterau

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 **Schulfach Wirtschaft einführen!**

2 Die jungen Liberalen Hessen fordern die Einführung eines Schulfachs Wirtschaft, das an  
3 Realschulen für mindestens ein und an Gymnasien für mindestens eineinhalb Schuljahr  
4 unterrichtet wird und auf Gymnasien als Leistungskurs gewählt werden kann, sofern dies von der  
5 jeweiligen Schule angeboten wird. Thematisiert werden sollen sowohl praxisnahe als auch  
6 theoretische Grundlagen der Wirtschaft. Das Fach "Politik und Wirtschaft" soll infolgedessen in  
7 "Politik und Recht" umbenannt werden und sich auf diesen Themenbereich beschränken (da in  
8 "Politik und Wirtschaft" aktuell sowieso kaum Wirtschaft unterrichtet wird, dürfte das kaum  
9 Lehrplanänderungen notwendig machen). Die benötigten Lehrkräfte müssen aus- bzw. (um den  
10 kurzfristigen Bedarf zu decken) weitergebildet werden.

### 11 **Begründung**

12 Als Liberale treten wir für ein selbstbestimmtes Leben ein. In der heutigen Gesellschaft ist ein  
13 grundsätzliches Verständnis unseres Wirtschaftssystems essentiell, um selbstbestimmt leben zu  
14 können. Egal ob es Benzinpreisänderungen, Nachrichten zur EZB, Anlageberatungen oder  
15 Währungsunterschiede sind – Grundwissen in wirtschaftlichen Fragestellungen ist sowohl Teil  
16 einer wünschenswerten Allgemeinbildung als auch im alltäglichen Leben hilfreich. Nicht zuletzt  
17 ist eine gewisse wirtschaftliche Bildung die Grundvoraussetzung dafür, eigenverantwortlich  
18 wirtschaftlich tätig werden zu können; denn letztlich ist jeder, der sich versichert, privat vorsorgt  
19 oder auch nur ein Konto eröffnet, direkt oder indirekt am Kapitalmarkt aktiv.

20 Selbstverständlich geht es nicht darum, blinde Kapitalismusgläubige heranzuziehen. Wenn aber  
21 jeder Schulabgänger Kapitalismus, Kommunismus und die Soziale Marktwirtschaft kritisch  
22 hinterfragen könnte und in Grundlagen des Kapitalmarktes und des Rentensystem unterrichtet  
23 werden würde, trüge das zu einem deutlich besseren Verständnis der Geschehnisse in dieser  
24 Welt bei und würde hoffentlich deutlich mehr Menschen dazu befähigen, beispielsweise  
25 Bankberatungen einzuordnen und am Ende eigenverantwortlich wirtschaftliche Entscheidungen  
26 zu tätigen.

Antragsteller: KV Frankfurt

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 **Abschaffung der Pflicht zur verfassten Studentenschaft**

2 Die Jungen Liberalen Hessen fordern das Ende der Pflichtmitgliedschaft aller Studenten einer  
3 Hochschule in der verfassten Studentenschaft. Studenten können sich zu Beginn jeden  
4 Semesters ohne weitere Voraussetzungen in die verfasste Studentenschaft einschreiben oder  
5 austragen lassen. Ausgetragene Mitglieder haben kein Recht zur Beteiligung an den  
6 Hochschulwahlen und sind von den entsprechenden Abgaben befreit.

7

### 8 **Begründung:**

9 Die Wahlbeteiligungen bei Hochschulwahlen liegen regelmäßig deutlich unter 20% und belegen  
10 eindrucksvoll, dass sich Studenten in der Masse nicht für das Konstrukt der verfassten  
11 Studentenschaft interessieren. Anstatt sinnlos Gelder für die Selbstverwirklichungsprojekte von  
12 linksgünen Hochschulgruppen ohne jegliche demokratische Legitimation zu verschwenden,  
13 sollten die Studenten ermutigt werden in ehrenamtlichen Initiativen für die Belange der Studenten  
14 tätig zu werden. Eine Zwangsmitgliedschaft in der verfassten Studentenschaft lehnen wir daher  
15 ab und fordern die Wahlfreiheit für Studenten.

16 Angesichts der völligen Geldverschwendung in nahezu jedem Asta und der zweifelhaften  
17 Verfassungstreue so mancher Stupa-Mitglieder ist einem aufrechtgehenden Akademiker in  
18 Mitteleuropa eine Finanzierung von neomarxistischen Revolutionsumtrieben mit der Attitüde zur  
19 illegalen Hausbesetzung nicht zumutbar. Die Studenten können ihr Geld in Eigenverantwortung  
20 deutlich sinnvoller verprassen als der Asta und haben auch noch Spaß dabei.

Antragsteller: KV Wetterau

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 **Wie?! Ich kann Religion/ Ethik nicht abwählen?**

- 2 Die Jungen Liberalen Hessen fordern eine Änderung der OAVO, sodass die Fächer Religion und  
3 Ethik in der Oberstufe abwählbar sind. Die Summe der Belegverpflichtung bleibt dabei unberührt

## 4 **Begründung**

- 5 In §16 und §13 Abs. 9 OAVO (Oberstufen- und Abiturverordnung) inkl. Anlage 7 wird  
6 festgelegt, dass Religion bzw. Ethik im Pflichtbereich des Abiturs in der Oberstufe geführt  
7 werden, d.h. dass man diese Fächer während der gesamten Oberstufe belegen muss, auch  
8 wenn man sie nicht in die Berechnung der Abschlussnote einbringen will oder kann.  
9 Dies ist nicht mehr zeitgemäß, da in Religion und Ethik in der Oberstufe keine unbedingt  
10 benötigten oder für die Allgemeinbildung notwendigen Kenntnisse vermittelt werden. Den  
11 Schülern soll es freistehen, Religion, Ethik oder lieber ein anderes Fach wie z.B. eine weitere  
12 Naturwissenschaft oder eine Sprache zu belegen.

Antragsteller: KV Bergstraße

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

1 **Glaube ist Privatsache**

2 Die Jungen Liberalen Hessen fordern die Abschaffung des Religionsunterricht an allen  
3 öffentlichen Schulen. Um weiterhin der kulturhistorischen Bedeutung der Religionen und  
4 Konfessionen gerecht zu werden, sollen wesentliche Bestandteile des Religionsunterrichts in  
5 anderen bereits bestehenden religions- und konfessionsunabhängigen Fächern integriert  
6 werden.

7

8 **Begründung**

9 erfolgt mündlich

Antragsteller: KV Darmstadt

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

1 **Doktor, Doktor ich brauch eine Medizin**

2 Die Jungen Liberalen setzen sich dafür ein, mehr Medizinstudienplätze zu schaffen.

3

4 **Begründung:**

5 In Zeiten von Ärztemangel und demographischem Wandel sollte mehr jungen Menschen  
6 ermöglicht werden, ein Medizinstudium aufzunehmen. Die hohe Nachfrage an  
7 Medizinstudienplätzen bestätigt, dass ein höheres Angebot von Ärzten da wäre, wenn es mehr  
8 Studienplätze gäbe. Zwangsläufig würde so die Situation im ländlichen Raum entschärft und die  
9 Wartezeiten für Facharzttermine verkürzt.



Antragsteller: Felix Letkemann, Fabio Crisponi

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 **Sexualassistenzen im Rahmen therapeutischer** 2 **Behandlungen**

3 Die Jungen Liberalen Hessen sprechen sich für "Sex auf Rezept" im Bereich der Langzeitpflege  
4 aus. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sollen vorsehen, dass für Pflegebedürftige die  
5 Möglichkeit besteht, die Dienstleistung einer Sexualassistentin in Anspruch zu nehmen, sofern die  
6 Befriedigung entsprechender Bedürfnisse auf anderem Wege nicht erreichbar oder nicht  
7 zumutbar sein sollte.

8 Des Weiteren sollten Psychotherapeuten die Möglichkeit haben, nach eingehender fachlicher  
9 Prüfung die Dienstleistung einer Sexualassistentin im Rahmen einer Therapie einzusetzen und  
10 entsprechen zu verschreiben.

11

### 12 **Begründung:**

13 Erklärtes politisches Ziel der Jungen Liberalen ist es, jedem Menschen ein freies und  
14 selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Viele Personen mit Behinderungen haben derzeit nicht  
15 die Möglichkeit, von ihrem Recht auf sexuelle Selbstbestimmung Gebrauch zu machen.

16 Im Mittelpunkt aller Bemühungen rund um das Thema Pflege steht das Ziel, die Lebenssituation  
17 pflegebedürftiger Menschen zu verbessern. Wenn Pflegebedürftige unter Nichterfüllung ihrer  
18 Grundbedürfnisse leiden, ist es aus liberaler Sicht nicht vertretbar, ihnen diese Möglichkeit aus  
19 rein ideologischen Gründen vorzuenthalten.

20 Sexuelle Belästigung von Pflegekräften durch Pflegebedürftige, die über lange Zeiträume ihren  
21 sexuellen Bedürfnissen nicht nachgehen konnten, stellen heute ein ernstzunehmendes Problem  
22 in der Pflege dar. Ein entscheidender Risikofaktor für dieses Phänomen ließe sich durch "Sex auf  
23 Rezept" stark vermindern.

24 Sex auf Rezept würde die Situation für Pflegebedürftige signifikant verbessern, den Alltag von  
25 Pflegekräften erleichtern und möglicherweise auch gesellschaftliche Folgekosten vermeiden.

26 Auch im Bereich der Psychotherapie wäre es aus liberaler Sicht nicht vertretbar, dem Patienten  
27 die Nutzung einer Sexualassistentin vorzuenthalten, wenn dies nach Ansicht des betreuenden  
28 Psychologen ein angemessenes Mittel im Rahmen der psychologischen Behandlung darstellt.

Antragsteller: KV Gießen

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 Stammzellenspende finanziell Vergüten

2 Modernste Medizin eröffnet die Möglichkeit immer mehr lebensbedrohliche Krankheiten mit einer  
3 Stammzellenspende zu heilen oder in Schach zu halten. Das Auffinden des lebensrettenden  
4 Spenders gestaltet sich in vielen Fällen jedoch als schwierig bis unmöglich. Diesem Problem  
5 könnte effektiv entgegengewirkt werden, wenn sich mehr Menschen für eine Stammzellenspende  
6 zur Verfügung stellen würden. Wir fordern daher den Gesetzgeber auf, Krankenkassen zu  
7 erlauben, Stammzellenspendern eine angemessene Aufwandsentschädigung zu leisten, welche  
8 die Unkosten des Spenders möglichst deckt, den Fall einer Spende finanziell zu vergüten.

9 Die Vergütung von Organspenden bleibt ausgeschlossen.

10

### 11 Begründung:

12 Im Falle einer Stammzellenspende erhält der Spender nur eine sehr geringe  
13 Aufwandsentschädigung. Trotz des unermüdlichen und selbstlosen Einsatzes von  
14 Hilfsorganisationen, sind nur 5 Millionen Deutsche als Stammzellenspender registriert. Durch  
15 fehlende Anreize wären jedoch selbst im Falle eines Treffers nicht alle Spender bereit sich dieser  
16 zeitraubenden und eventuell schmerzhaften Prozedur zu unterziehen. Die Bereitschaft durch  
17 eine unentgeltliche Spende ein Leben zu retten ist sehr lobenswert, die Realität zeigt jedoch,  
18 dass dazu leider zu wenige Menschen bereit sind. Eine finanzielle Vergütung stellt somit einen  
19 starken Anreiz dar um sich registrieren zu lassen und die lebensrettende Spende durchführen zu  
20 lassen. Die Tatsache, dass aufgrund einer fehlenden Vergütung jährlich tausende Menschen  
21 sterben ist nicht zu tolerieren. Zusätzlich würden die Krankenkassen viel Geld für teure  
22 Therapien sparen, womit eine entsprechende Aufwandsentschädigung für den Spender und die  
23 Registrierungskosten eine lohnende Ausgabe wären.

## Antrag zum 69. Landeskongress

Antrag 401

Antragsteller: Ilija Scherer

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Warum darf der kostenlos zum Shoppen fahren aber ich** 2 **nicht? – Kostenloses Schülerticket Hessen für alle** 3 **Schulpflichtigen**

#### 4 **Der 69. Landeskongress möge beschließen:**

5 Seit diesem Schuljahr bieten die drei Verkehrsverbünde RMV, NVV und VRN ein Schülerticket  
6 an, welches sich aktuell in einer 3-jährigen Testphase befindet und vom Land Hessen mit 20  
7 Millionen Euro bezuschusst wird. Dieses Ticket ist ein Teil des Projekts Mobiles Hessen 2020. Es  
8 ist Hessenweit sowie in ein paar angrenzenden Städten gültig und kostet jährlich 365 €. Nach §  
9 161 des Hessischen Schulgesetzes (HSchG) erhält jeder Schulpflichtige, welcher mehr als 3 km  
10 von der nächsten Schule seiner Schulform entfernt wohnt oder einen besonders gefährlichen  
11 Schulweg hat, die Fahrtkosten zurückerstattet. Die Jungen Liberalen Hessen setzten sich dafür  
12 ein, dass der § 161 des HSchG dahingehend geändert wird, dass jeder Schulpflichtige ein  
13 Schülerticket Hessen umsonst erhält.

14

#### 15 **Begründung:**

16 Vor dem Schülerticket Hessen gab es, zumindest im RMV, die CleverCard, welche zwischen  
17 Wohnort und Schulort galt. Diesem Ticket konnte man somit noch die Hauptsächliche Bedeutung  
18 zusprechen, es diene dazu, zur Schule zu kommen. Mit dem Schülerticket Hessen ist diese  
19 räumliche Begrenzung aufgehoben worden. Somit kann zum Beispiel einer, der in Königstädten  
20 wohnt und in Rüsselsheim zur Schule geht, ohne Aufschlag zum Beispiel nach Frankfurt oder ins  
21 Main-Taunus-Zentrum shoppen gehen. Wenn du jedoch direkt an der Schule oder an einer  
22 anderen Schule deiner Schulform wohnst, musst du einen Aufpreis (wenn du über 15 bist, fast  
23 10€) zahlen. Diese Regelung ist somit nicht mehr zeitgemäß. Weiterhin wird es ab Januar 2018  
24 das kostenfreie Landesticket für ALLE Beschäftigten des Landes Hessen geben, also auch  
25 denen, die direkt neben ihrem Arbeitsplatz wohnen. Warum sollten dann nicht die gleichen  
26 Rechte auch für Schüler gelten?

## Antrag zum 69. Landeskongress

Antrag 402

Antragsteller: Ilija Scherer

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

1 **Damit ich mit meinem Ticket auch nach der Party nach**  
2 **Hause kann – Pilotversuch mit AST-Verkehren im**  
3 **ländlichen Raum an Wochenenden nachts**

4 **Der 69. Landeskongress möge beschließen:**

5 Die Jungen Liberalen sind für einen Pilotversuch mit dem Ziel, den öffentlichen  
6 Personennahverkehrs im ländlichen Raum an Wochenenden auch nachts anbieten zu können.  
7 Dabei sollen sogenannte Anruf-Sammel-Taxis oder Rufbusse eingesetzt werden. Dies sind Taxis  
8 oder Busse, die bestimmte Linien nach Fahrplan fahren. Um diese jedoch nutzen zu können,  
9 müssen sie eine bestimmte Zeit vorher angefordert werden.

10

11 **Begründung:**

12 Viele Junge Leute, die auf dem Land wohnen, gehen gerne in die Stadt feiern oder auf  
13 Hauspartys in ihrer Umgebung. Weiterhin gibt es auch in ländlichen Gegenden Betriebe, in  
14 denen nachts gearbeitet wird. Diese Personen haben, gerade jedoch die Partygänger, die mit  
15 hoher Wahrscheinlichkeit danach fahrtüchtig sind, haben dabei Probleme, zu ihrem Ziel zu  
16 kommen, da kein öffentlicher Personennahverkehr angeboten wird. Dies ist absolut verständlich,  
17 da die Nachfrage sehr gering bis gar nicht vorhanden ist. Somit bliebe als Ausweg nur ein teures  
18 Taxi oder das eigene Auto, was vor allem bei Partygängern keine gute Wahl wäre. Ein Verkehr  
19 mit Anruf-Sammel-Taxis (ASTs) oder Rufbussen würde genau da Abhilfe schaffen. Diese haben  
20 einen festen Fahrplan, fahren jedoch nicht immer, sondern nur auf vorherige Bestellung. Somit  
21 werden sinnlose Leerfahrten vermieden. Diese ASTs oder Rufbussen könnten dabei auf den  
22 normalen Tageslinien oder speziellen Linien, welche eigens für den Nachtverkehr eingerichtet  
23 wurden, verkehren (siehe Rüsselsheim als Beispiel für letzteres). Um diese nutzen zu können,  
24 bräuchte man nur eine Fahrkarte und müsste je nach Region eventuell einen kleinen Zuschlag  
25 bezahlen. Während der Testphase sollte der Nachtverkehr vom Land Hessen subventioniert  
26 werden, da die neuen Bestellungen mit hohen Kosten verbunden wären. AST-verkejeje sollten  
27 dabei von privaten Unternehmen durchgeführt werden, da sich in der Vergangenheit gezeigt hat,  
28 dass dies effektiver wäre.

Antragsteller: KV Wetterau

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 Infrastrukturprobleme in Hessen beseitigen

Die jungen Liberalen Hessen fordern eine deutliche Verbesserung der Verkehrssituation in Mittelhessen. Hierfür müssen der ÖPNV deutlich ausgebaut und die Straßen entlastet werden, wodurch die Pendelzeiten verkürzt werden, die ökologische Bilanz verbessert und das Einzugsgebiet Rhein-Main vergrößert und somit die Wohnraumsituation in und um Frankfurt am Main verbessert wird.

Konkret fordern wir:

- Baldige Realisierung der Regionaltangentialen West und Ost, womit viele Arbeitsplätze in und um Frankfurt aus deutlich mehr Orten des Frankfurter Umlandes mit kurzer Fahrzeit erreichbar sind. Insbesondere wird die Nutzung des ÖPNV für viele Pendler hierdurch erheblich attraktiver.
- Weitere Vereinfachungen und Verbesserungen des Nahverkehrsnetzes Frankfurt (Pläne existieren zu genüge). Hierfür sind die benötigten finanziellen Mittel bereitzustellen. Da die Verbesserung des ÖPNV auch der Entlastung der Straße und dem allgemeinen Standortvorteil dient, muss eine bessere, häufigere, schnellere und pünktlichere Anbindung möglichst vieler Gebiete in und um Frankfurt an den ÖPNV eine höhere Priorität als die kurzfristige Wirtschaftlichkeit des Ausbaus haben.
- Zügiger Start des achtstreifigen Ausbaus der A3 und A5 in der gesamten Metropolregion Frankfurt (A3 zehnstreifig zwischen Frankfurter Kreuz und Offenbacher Kreuz).
- Anbindung des Vogelsbergkreises an Frankfurt durch direkte Verbindungen über Regionalzüge. Insbesondere muss der nächste Regionalbahnhof mit Direktverbindung nach Frankfurt mit dem Auto, dem Bus oder der Bahn in 20 Minuten erreichbar sein. Wir fordern in diesem Zusammenhang eine starke Unterstützung von Park und Rail.

Insgesamt muss die Nutzung des ÖPNV ohne Zwang für möglichst viele Pendler zur attraktivsten Option werden. Hierdurch werden auch Wohnräume an die Metropolregion Frankfurt angeschlossen, die nicht ausreichend an das Bahnnetz angeschlossen werden können, da das Pendeln mit dem Auto durch die entlasteten Straßen besser funktionieren würde. Allgemein ist eine gute Infrastruktur- und Wohnraumsituation ein gutes Standortargument für den Wirtschafts- und Universitätsstandort Hessen.

**Begründung:**

erfolg mündlich

Antragsteller: KV Wetterau

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 **Vision zur Energieerzeugung und -versorgung in** 2 **Deutschland**

3 Die jungen Liberalen der Wetterau haben eine klare Vision zur Zukunft der Energieversorgung:  
4 Die Energieerzeugung muss nahezu emissionslos werden. Das bedeutet, dass sowohl der  
5 Straßenverkehr als auch die Wärme- und Stromproduktion vollständig ohne fossile Energieträger  
6 funktionieren soll – und funktionieren bedeutet, dass in Deutschland Versorgungssicherheit und  
7 -stabilität ohne Stromimporte gewährleistet ist.

8 Bis das erreicht ist, wird Zeit vergehen. Insbesondere ist kein konkretes Datum seriös  
9 abschätzbar. Um unsere Vision zu erreichen, müssen aber verschiedenste notwendige  
10 universitäre und außeruniversitären Forschungen unterstützt werden – denn politisch und  
11 gesellschaftlich erwünschte Forschung ist nicht zwangsläufig rentabel. Konkret geht es um  
12 Speichertechnologien, Stromerzeugungssysteme, Antriebssysteme für Automobile und  
13 Wärmeerzeugung.

14 Im Moment liegt der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch (Strom, Mobilität,  
15 Wärme) in Deutschland bei etwa 12%. Es existiert aktuell keine Möglichkeit, diesen Anteil  
16 kurzfristig erheblich zu erhöhen, ohne die Versorgungssicherheit (wenn man Stromimporte  
17 ausschließt) zu gefährden. Um Investitionen in erneuerbare Energien und die Forschung in den  
18 oben genannten Bereichen für die Marktteilnehmer wirtschaftlich attraktiv zu machen, müssen  
19 die gesellschaftlichen Kosten (insb. Luftverschmutzung) der konventionellen Energieproduktion  
20 von den Verursachern, also den Energieerzeugern, getragen werden. Wir verweisen hier auf die  
21 Beschlusslage der jungen Liberalen Hessen (Beschluss des 62. LaKo "Gegen den Strom? – Ein  
22 Plädoyer für einen echten Energiemarkt").

23 Eine europäische oder, noch besser, weltweite Lösung im Sinne dieses Antrags ist  
24 wünschenswert und zu verfolgen. Da eine solche Lösung aber momentan nicht in Sicht ist, muss  
25 die Landes- und Bundespolitik hier vorangehen.

26

27 **Begründung:**

28 erfolg mündlich

Antragsteller: RV Offenbach

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 **Stärkere Förderung von StartUps**

2 Die Jungen Liberalen Hessen sind der Überzeugung, dass auch Start-ups mit intensiver  
3 Kapitalbindung (auch High-Tech-Start-ups genannt) die Möglichkeit und Freiheit für eine  
4 erfolgreiche Gründung erhalten müssen. Nicht jedes Start-up kann mit einem geringen Kapital  
5 gegründet werden oder gar organisch wachsen. Dies kann auf Grund aufwendige Regularien,  
6 komplexer Prozesse oder Produkte der Fall sein. Solch große Investitionsvolumina sind bereits  
7 meistens während der sogenannten Seed-Phase aufzubringen und stoßen hierbei immer auf ein  
8 mangelhaftes Verständnis bei Investoren. Die derzeitige Förderung durch KfW , der Wibank  
9 sowie dem High-Tech Gründerfonds sind für solche Unternehmen nicht geeignet.

10 Aus diesem Grund mögen die JuLis Hessen beschließen, dass für High-Tech- Start-ups, Fonds  
11 mit höherem Kapital und geeigneten Mentoren seitens der Politik zur Verfügung gestellt werden.  
12 Hessen darf nicht den Anschluss an innovative Ideen verlieren, weder National noch  
13 International.

14

15 **Begründung:**

16 erfolgt mündlich.

Antragsteller: RV Offenbach

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 **Stärkung der Fotografen**

2 Die Jungen Liberalen Hessen sind der Überzeugung, dass Fotografen in ihrer Entscheidung frei  
3 sind, ob Sie eine Dienstleistung oder Handwerk anbieten. Bereits bei der Gründung einer  
4 Selbstständigkeit besteht Kammerpflicht. Diese Kammerpflicht ist zum Schutz und  
5 Interessenvertretung der künstlerischen Gestaltung gerechtfertigt, jedoch sollte diese Frei für den  
6 Fotografen zwischen Handwerkskammer oder Industrie- und Handelskammer wählbar sein. Aus  
7 diesem Grund mögen die Jungen Liberalen Hessen sich auf eine Liberalisierung der  
8 Kammerpflicht für Fotografen verständigen.

9 Des Weiteren sind die Jungen Liberalen Hessen der Überzeugung, dass der Schutz des  
10 geistigen Eigentumes für Fotografen im Rahmen der Digitalisierung immer schwieriger und  
11 unüberschaubarer wird. Sogenannte Hobbyfotografen werden am Fiskus vorbei durch viele  
12 Veranstalter beschäftigt. Auf einem Markt, welcher Jährlich circa 3,822 Mrd. Euro umsetzt  
13 (Tendenz steigend), kann dies sehr schnell einen zwei bis drei stelligen Millionen Schaden für die  
14 Branche der Berufsfotografen und dem deutschen Fiskus bedeuten. Aus diesem Grund mögen  
15 die Jungen Liberalen Hessen eine durch das Kultusministerium (hoffentlich in Zukunft  
16 Digitalisierungsministerium) kontrollierte ID-Karte für Berufsfotografen beschließen (ähnlich  
17 Presseausweis oder enineerING Card). Diese ID-Karte ist für Dienstleistungen immer dem  
18 Auftraggeber vorzulegen und dieser steht ebenfalls in einer Nachweispflicht gegenüber  
19 Wirtschaftsprüfern. Darüber hinaus kann der Fotograf seine Bilder über diese ID-Karte auf  
20 Server des Kultus-/Digitalisierungsministerium hochladen und analog wie in den Vereinigten  
21 Staaten von Amerika einen "Copyright"-Schutz für sein geistiges Eigentum erlangen.

### 22 **Begründung:**

23 erfolgt mündlich



Antragsteller: RV Offenbach

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 **Abschaffung der Kirchensteuer**

2 **Der 69. Landeskongress möge beschließen:**

3 **1. Die Kirchensteuer wird abgeschafft.**

4 **2. Staatliche Zuschüsse bei positiven Bilanz, sowie genügend Barreserven der Kirchen**  
5 **werden eingestellt.**

6 **3. Bezuschussung der Mitarbeiter, sowie das Zahlen von Pensionen werden ebenfalls**  
7 **eingestellt.**

8

9 **Begründung:**

10 An den Rekordsteuereinnahmen haben auch die katholische und evangelische Kirche  
11 partizipiert. 2016 erreichten die Kirchensteuereinnahmen mit circa 11,6 Milliarden Euro ein neues  
12 Rekordhoch. Davon entfielen 6,146 Milliarden auf die katholische und 5,454 Milliarden auf die  
13 evangelische Kirche.

14 Trotz der hier dargelegten hohen Einnahmen durch die Kirchensteuer bekommen die Kirchen für  
15 Organisationen wie die "Caritas" oder "Diakonie" Bezuschussungen. Bei der "Caritas" lagen die  
16 gesamten Einnahmen bei circa 145 Millionen Euro. An diesen Einnahmen hat der Staat einen  
17 Anteil von 56 Millionen Euro, der sich aus Bezuschussungen ergibt. Der Anteil der Kirche an  
18 dieser Summe beträgt nur 10 Millionen Euro.

19 Zusätzlich übernehmen viele Kommunen oder Städte Renovierungskosten von kirchlichen  
20 Gebäuden was sich bei der Stadt Köln alleine für den Kölner Dom auf knapp eine Millionen Euro  
21 pro Jahr beläuft.

22 Dazu kommen die Gehälter der Kirchenangestellte, die auch durch Staatszuschüsse bezahlt  
23 werden. Ein Grundgehalt eines katholischen Erzbischofs beträgt dabei 11.000€ pro Monat.  
24 Dadurch entstehen nochmals zusätzliche Kosten von rund 480 Millionen Euro in Haushalt der  
25 öffentlichen Hand, die damit vom deutschen Steuerzahler getragen werden.

26 Zusätzlich ist die Kirche an Unternehmen beteiligt, so unter anderem bis 2014 an der  
27 "Verlagsgruppe Weltbild", diese wurde zuerst von einem kirchlich geprägten Verlag in einen  
28 kommerziellen Verlag umgewandelt und dann auf Grund von Unwirtschaftlichkeit an eine  
29 Investorengruppe verkauft.

30 Dem stehen zwar 350 Millionen Euro entgegen, die der Staat sich für Verwaltungskosten von der  
31 Kirchensteuer einbehält (dies entspricht 3% der Kirchensteuereinnahmen), dieser Betrag ist  
32 allerdings weit geringer als die monetären Vorteile, die die Kirche neben der Kirchensteuer durch  
33 Beiträge des Staates erlangt.

34 Durch die Einnahmen in Form von Kirchensteuer und die hohen Subventionen des Staates, die  
35 ebenfalls der Steuerzahler zu tragen hat, sitzen die Kirchen auf einem Vermögen. Als Beispiel  
36 gilt das Erzbistum Paderborn welches ein Barvermögen von circa 4 Milliarden besitzt. Wenn das  
37 Vermögen der gesamten katholischen Kirche berechnet wird, beläuft sich dieses auf circa 200  
38 Milliarden nach dem Stand von 2013.

**Wir Jungen Liberalen wollen deswegen durch diesen Beschluss die Trennung von Staat  
39 und Kirche stärken!**

40 Alternativ zu den Kirchensteuereinnahmen soll die Möglichkeit eingeführt werden  
41 Mitgliedsbeiträge analog der Regelung für Vereinen und Parteien zu erheben, sodass sich die  
42 Kirche selbst finanzieren kann. Die Mitgliedsbeiträge könnten steuerlich geltend gemacht  
43 werden.

44

Antragsteller: RV Offenbach

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 **Hyperloop**

2 **Der 69. Landeskongress möge beschließen:**

- 3 **1. Deutsche Metropolen durch einen Hyperloop miteinander zu verknüpfen.**
- 4 **2. Hierbei insbesondere auf die Stadt Frankfurt am Main als zentralen Knotenpunkt ins**  
5 **Auge zu fassen.**
- 6 **3. Langfristig in Erwägung zu ziehen, diese Verbindung auf ganz Europa auszuweiten.**

### 7 **Begründung:**

9 Im Dezember wird die neue Schnellstrecke zwischen Berlin und München, die die Fahrzeit  
10 zwischen beiden Metropolen auf unter 4 Stunden verringert, feierlich eröffnet. Problem nur: die  
11 Kosten liefen mit 10 Milliarden mal wieder aus dem Ruder, ebenso wie die Fertigstellung, denn  
12 beschlossen wurde das Projekt bereits 1991 unter Helmut Kohl. Ihm und seinem Freund, dem  
13 damaligen thüringischen Ministerpräsidenten ist es deshalb zu verdanken, dass die Strecke eine  
14 lange, teure und zeitintensive Abbiegung über Erfurt macht.

15 Und währenddessen leidet Hessen und insbesondere das Rhein-Main-Gebiet unter chronischer  
16 Unterfinanzierung und langwierigen Planungen. Nordmainische S-Bahn, Schnellstrecke  
17 Mannheim-Frankfurt, Regionaltangente West, alles Projekte die längst hätten realisiert sein  
18 müssen. Darüber hinaus fehlt es dem Rhein-Main-Gebiet weiterhin an einer schnellen  
19 Verbindung nach Berlin, denn ab Dezember dauert die Fahrt von München nach Berlin genauso  
20 lange wie von Frankfurt aus. Es gibt demnach aus hessischer Sicht, gerade in Anbetracht der  
21 wachsenden Bevölkerung, erheblichen Nachholbedarf.

22 Denken wir also Mobilität neu. Und zwar grundlegend neu. Ein Hyperloop könnte beide Städte,  
23 bei einer Geschwindigkeit von 1000 Kilometern pro Stunde, in etwa 30 Minuten miteinander  
24 verbinden. Mit den vorhandenen und geplanten konventionellen Schnellfahrstrecken (Frankfurt –  
25 Köln, Würzburg – Hannover, München – Berlin, Stuttgart – Ulm und Mannheim – Frankfurt )  
26 würde diese Verbindung das deutsche Schienennetz optimal miteinander verknüpfen. Frankfurt  
27 würde somit nicht nur im Flugverkehrs, sondern auch im Schienenverkehr zum zentralen  
28 Knotenpunkt und es gäbe, mit Jahrzehnten Verspätung, endlich eine schnelle  
29 Ost-West-Verbindung.

30 Aber warum nur national denken? Denken wir doch auch die Mobilität europäisch. Denn die  
31 Strecke von Frankfurt nach Berlin könnte teil einer europäischen Hyperloopstrecke sein, die alle  
32 großen Städte optimal miteinander verbindet. Eine Variante würde beispielsweise die Städte  
33 Madrid, Barcelona, Toulouse, Paris, Brüssel, Frankfurt, Berlin und Warschau miteinander  
34 verbinden. Eine Verlängerung nach Lissabon oder bis zu den baltischen Städten Riga oder  
35 Tallinn wäre selbstverständlich auch möglich. Eine andere Variante könnte über Athen, Sofia,

36 Budapest, Wien, München, Hamburg, Kopenhagen bis nach Stockholm führen und so den  
37 Norden mit dem Süden verbinden.

38 Dass diese Idee nicht unrealistisch ist, zeigt ein Tweet Elon Musks, der kürzlich eine mündliche  
39 Zusage für seine "Boring Company" für eine Verbindung zwischen New-York und Washington  
40 bekam. Warum also dieses Projekt nicht nutzen um europäische Gräben zu überwinden, Europa  
41 näher zusammenbringen, insbesondere zeitlich und um einen sinnvollen und ideologiefreien  
42 Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

## Antrag zum 69. Landeskongress

Antrag 409

Antragsteller: KV Hochtaunus

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Tote Bahnstrecken erschließen keinen ländlichen Raum**

2 Das Land Hessen soll prüfen lassen, ob stillgelegte Nebenbahnstrecken in Hessen wieder  
3 reaktiviert werden können.

4 Dabei soll folgender Rahmen gelten:

5 1. Mindestens 15min Streckenfahrzeit

6 2. Mindestens 1500 Fahrgäste am Tag zu erwarten

7 3. Die Reisezeit vom Endbahnhof bis in die Ballungszentren (FFM Hbf, WI Hbf, DA Hbf, KS  
8 Hbf, FU Bf, GI Bf, LM Hbf) sollte maximal 90 min bei maximal einem Umstieg betragen

9

#### 10 **Begründung:**

11 Die ländliche Infrastruktur Hessens darf nicht vernachlässigt werden. Dazu gehören auch  
12 Bahnanbindungen, die die Attraktivität von Städten und Gemeinden deutlich vergrößern. Durch  
13 die steigende Individualmotorisierung wurden zahlreiche Bahnstrecken wegen sinkender  
14 Fahrgastzahlen stillgelegt. Doch bereits wenige Jahre später drehte sich der Trend um und seit  
15 dem Ende der 90er Jahre erreichen die Fahrgastzahlen der Bahn fast jedes Jahr neue Rekorde.  
16 Eine Reaktivierung der Taunusbahn hat sich bereits als riesen Erfolg erwiesen: Statt erwarteter  
17 1500 Fahrgäste am Tag im Jahr 2000 liegt die Zahl bereits bei 12.000. Weitere Reaktivierungen  
18 können dabei helfen, das Land vor dem Aussterben zu bewahren und Pendler in die Stadt zur  
19 Arbeit zu bringen. Ein weiterer Nebeneffekt wäre es, den Zuwanderungsdruck in Großstädten  
20 wie Frankfurt etwas abzufedern, da das gut angebundene Land eine günstige Alternative bietet.  
21 Auch die vollen Straßen könnte man so leicht entlasten.

Antragsteller: KV Gießen

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 **Startups Unterstützen: Aber richtig**

2 Die direkten staatlichen Subventionen von Startups müssen beendet werden. Diese führen zu  
3 einer Verzerrung des Wettbewerbs und stellen damit einen Nachteil für nicht unterstützte  
4 Startups dar.

5 Ausdrücklich sollen damit keine Startups geschwächt, sondern vielmehr geregelte  
6 Rahmenbedingungen gestärkt werden. Staatliche Aufgabe zur Unterstützung von Startups sollte  
7 sich darauf beschränken, als Schiedsrichter für gleiche Spielregeln zu sorgen und nicht  
8 ausgewählte Startups zu bevorzugen. Darüber hinaus müssen bürokratische Hürden deutlich  
9 gesenkt werden und die Vergabe von Venture Capital steuerlich begünstigt werden, sodass  
10 weiterhin eine solide und faire Finanzierung der Startups gewährleistet ist. Die persönliche  
11 Unterstützung von Gründern, wie etwa durch ein Gründerstipendium, soll weiterhin bestehen  
12 bleiben.

13

### 14 **Begründung:**

15 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die öffentliche Hand nicht über die ausreichende  
16 Kompetenz zur Vergabe von Risikokapital verfügt. Die Tatsache, dass es sich, im Gegensatz zu  
17 Business Angels, nicht um das Kapital des Verantwortlichen handelt führt zu falschen Anreizen  
18 und somit zu einer ineffizienten Vergabe von Geldern. Im Gegensatz zu den Investitionen von  
19 Business Angels existieren kaum erfolgreiche Unternehmen, welche in ihrer Gründungsphase  
20 massiv durch öffentliche Gelder unterstützt wurden. Darüber hinaus werden bei staatlichen  
21 Investitionen zu stark ideologische Kriterien berücksichtigt und die Wirtschaftlichkeit des  
22 Unternehmens nicht ausreichend in die Entscheidung einbezogen. Über eine steuerliche  
23 Begünstigung (so wie im Antrag "Startups: Neuer Gründergeist für Innovationsmotor  
24 Deutschland" 2014 in Korbach beschlossen) von Venture Capital hingegen ließe sich jedoch  
25 weiterhin eine öffentliche Förderung von Startups realisieren, die Entscheidung über die  
26 begünstigten Unternehmen würde jedoch von deutlich sachverständigeren Entscheidungsträgern  
27 realisiert.

Antragsteller: KV Gießen

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 Für ein gerechtes und transparentes Steuerkonzept der 2 Zukunft

3 Das geltende Steuerrecht ist für den durchschnittlichen Arbeitnehmer kaum nachzuvollziehen.

4 Darüber hinaus entstehen oft Szenarien, in denen ein Arbeitnehmer durch einen erheblichen  
5 Mehraufwand an Arbeitsbelastung nur einen minimalen finanziellen Vorteil erwirtschaften kann.

6 Diese Sachlage führt zu einer massiv leistungs- und fortschrittsfeindlichen Arbeitsmotivation.

7 Zusätzlich entstehen aufgrund der Komplexität des Steuersystems Ungerechtigkeiten, wie etwa  
8 die kalte Progression, auf die der Gesetzgeber viel zu langsam und ineffizient reagieren kann.

9 Die durch das geltende Steuerrecht entstehenden bürokratischen Verwaltungskosten sind  
10 sowohl für den Staat als auch für Arbeitnehmer und Unternehmen nicht länger zumutbar.

### 11 • Vereinfachtes und gerechtes Lohnsteuerkonzept

12 Wir fordern einen einheitlichen Lohnsteuersatz für alle Arbeitnehmer einzuführen.  
13 Einkommen bis zu einem inflationsbereinigten zur gesellschaftlichen Teilhabe  
14 befähigenden Freibetrag soll weiterhin vollständig unbesteuerter bleiben. Das sich so  
15 ergebende Steuerkonzept wäre für jeden Arbeitnehmer transparent und verständlich und  
16 würde zusätzlich einen Anreiz bieten mehr Arbeitsleistung für sich und die Gesellschaft  
17 zu erbringen.

### 18 • Vereinfachte Unternehmenssteuer

19 Die geltende Rechtslage zur Unternehmenssteuer ist für fachfremde Gründer nicht ohne die Hilfe  
20 eines Steuerberaters rechtskonform zu verstehen. Gerade für Startups stellt dies eine starke und  
21 unnötige Belastung dar, welche sich innovationsfeindlich auf die deutsche Gründerkultur  
22 auswirkt. Insbesondere für neu gegründete Unternehmen ist es unabdingbar, einen möglichst  
23 großen finanziellen und personellen Anteil der ohnehin schon sehr knappen Ressourcen in das  
24 eigentliche Kerngeschäft zu investieren. Die Anstellung eines Steuerberaters oder die  
25 langwierige Befassung der Gründer mit dem geltenden Unternehmenssteuerrecht ist somit  
26 insbesondere für Startups nicht länger zumutbar. Wir fordern, dass insbesondere für kleine und  
27 mittelständige Unternehmen ein stark vereinfachtes Steuerkonzept ausgearbeitet wird, sodass  
28 auch ein fachfremder Gründer in wenigen Stunden in der Lage ist seinen Unternehmenserfolg  
29 alleine und rechtskonform zu versteuern.

### 30 **Begründung:**

31 Erfolgt mündlich.

Antragsteller: BV Westhessen-Nassau, KV Rheingau-Taunus

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 Innovationsförderung durch bessere 2 Rahmenbedingungen für Startups

3 *Der Landeskongress möge beschließen:*

4 Wir befinden uns in einer Phase grundlegender technologischer, gesellschaftlicher und  
5 wirtschaftlicher Veränderungen, getrieben unter anderem durch die Digitale Transformation. Eine  
6 Veränderung kann man entweder aktiv gestalten oder aussitzen. Ersteres bietet die Chance von  
7 den neuen Möglichkeiten zu profitieren, letzteres führt mittelfristig immer zur Verschlechterung  
8 gegenüber dem Status Quo. Die Jungen Liberalen Hessen wollen daher die bevorstehenden  
9 Veränderungen aktiv mitgestalten. Startups bieten eine große Chance innovative, neue Ideen  
10 schnell in den Markt zu bringen und von den neuen Möglichkeiten zu profitieren.

11 Wir wollen Gründer unterstützen, damit innovative Ideen nicht in Forschungseinrichtungen und  
12 Hochschulen verstauben, sondern über Startups in den Markt eintreten.

13 Die wichtigsten Erfolgsfaktoren für ein Startup sind neben der innovativen Idee die fundierten  
14 Kenntnisse und Fähigkeiten zur Gründung und Führung eines Unternehmens, ein Starkes  
15 Netzwerk für den Aufbau strategischer Partnerschaften, der Zugang zu Risikokapital vor allem  
16 aber das richtige Timing um rechtzeitig mit ihrer neuen Lösung in den Markt eintreten zu können.  
17 Daher wollen wir Gründer in allen Phasen der Entwicklung ihrer Startups unterstützen:

18 **1. Nötiges Wissen und Fähigkeiten vermitteln** – Dazu sollen erfolgreiche Gründer und  
19 Entscheider von Unternehmen und Beratungen für Seminare, Workshops und Vorlesungen in  
20 Forschungseinrichtungen und Hochschulen gewonnen werden. Ziel ist es Studenten und  
21 wissenschaftlichen Mitarbeitern aller Fachrichtungen die Nötigen Fähigkeiten und das nötige  
22 Wissen zu vermitteln um erfolgreich ein Startup zu gründen und zu führen. Als Nebeneffekt  
23 können zukünftige Gründer bereits erste wertvolle Kontakte knüpfen und sich ein Netzwerk für  
24 zukünftige Geldgeber und strategische Partner aufzubauen.

25 **2. Unternehmensgründung im "one step shop"** – An den Standorten der  
26 Forschungseinrichtungen und Hochschulen werden Verwaltungs-"one step shops" eingerichtet,  
27 in denen Gründer in einem Termin mit einem festen Ansprechpartner alle Behördengänge zur  
28 Anmeldung ihres Unternehmens bündeln können. Dadurch soll die bürokratische Hürde zur  
29 Unternehmensgründung deutlich herabgesetzt werden.

30 **3. Agile Behörden** – Behörden, wie zum Beispiel Ministerien, müssen sich stärker als  
31 Dienstleister für die Bürger verstehen und agiler handeln. Für Gründer bedeutet dies  
32 insbesondere, dass sie über einen zentralen Ansprechpartner, der Kontakte auf allen Ebenen  
33 herstellen kann, frühzeitig mit den Behörden in Dialog treten können um Anforderungen an die  
34 Gesetzgebung abzustimmen und Sondergenehmigungen zur Erprobung neuer Technologien  
35 (z.B. autonome Mobilität) zu erhalten. Damit können Produktentwicklung und Markteintritt



36 signifikant beschleunigt werden.

37 **4. Startup Offices** – An den Standorten der Forschungseinrichtungen und Hochschulen sollen  
38 Startup Offices als shared office space zu Verfügung gestellt werden. Diese sollen idealerweise  
39 durch private Investoren aufgebaut werden. Das Land Hessen kann hier als Vermittler zur  
40 Herstellung der nötigen Kontakte unterstützen. Diese Startup Offices können auch als Nukleus  
41 für den Aufbau von Netzwerken zwischen Forschung und Wirtschaft diene und Finanzierung, so  
42 wie strategische Partnerschaften vorbereiten.

43 **5. Neue Finanzierungsmodelle** – Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, die  
44 Finanzierung von Startups mit Risikokapital zu diversifizieren. Dazu sollen neue  
45 Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine höhere Flexibilität, zum Beispiel mit  
46 Mischformen aus Eigen- und Fremdkapital, bei der Risikofinanzierung ermöglicht. Dies kann zum  
47 Beispiel durch die Umgekehrte Wandelanleihe erfolgen, die als Eigenkapital zählt aber in eine  
48 Fremdkapitalanleihe gewandelt werden kann. Hierdurch erhalten Startups eine höhere Flexibilität  
49 in der Gründungsphase. Zu Beginn kann ein hohes Volumen an Eigenkapital akquiriert werden  
50 um flexibel zu investieren. Später können die Investoren über den Wandel in eine Anleihe  
51 leichter den Exit vollziehen.

52 **6. Zweite Chancen gewähren** – Zu vielen Lebensläufen erfolgreicher Gründer gehören auch  
53 Fehlschläge. Um zeitnah eine zweite Chance zu ermöglichen soll die Dauer von  
54 Insolvenzverfahren, von derzeit sechs Jahren, verkürzt werden. Dadurch werden Anreize  
55 geschaffen, sich auch nach einem Fehlschlag erneut zu engagieren.

56 **7. Staatliche Förderung nur technologieneutral** – Die Finanzierung von Startups ist keine  
57 Kernaufgabe des Landes Hessen. Das Land kann aber bei wichtigen Zukunftstechnologien, z.B.  
58 in Energie oder Mobilität, die Entwicklung durch Investitionen beschleunigen. Entscheidend ist  
59 aber, dass die Förderung technologieneutral und unter Einbindung von Entscheidern aus der  
60 Wirtschaft erfolgt, zum Beispiel über Wettbewerbe und Ausschreibungen nach amerikanischem  
61 Vorbild. So können Investitionen, insbesondere zur Skalierung neuer Technologien, ermöglicht  
62 werden.

63

64 **Begründung:**

65 Erfolgt mündlich.

Antragsteller: KV Wiesbaden

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 Neues Denken in der Verkehrspolitik

2 Die Jungen Liberalen Hessen fordern ein Umdenken der hessischen Landesregierung in der  
3 Verkehrspolitik. Wir fordern eine ideologiefreie, sachbezogene Verkehrspolitik, um die  
4 Infrastruktur Hessens auf Vordermann zu bringen.

### 5 Innerstädtische Tempolimits

6 Die Jungen Liberalen Hessen bekennen sich zu 50 km/h als innerstädtische  
7 Höchstgeschwindigkeit. Gleichzeitig halten wir es für sinnvoll Tempo 30 an besonderen  
8 Unfallschwerpunkten einzuführen. Die Jungen Liberalen begrüßen auch die Möglichkeit vor  
9 Kindergärten und Seniorenheimen, in Folge der besonderen Gefährdung der Nutzer, Tempo 30  
10 einzuführen.

11 Diese Beschränkung sollte allerdings nur zu den Zeiten gelten, zu denen typischerweise  
12 aufgrund der hohen Besucherfrequenz eine besondere Gefahr an den entsprechenden Stellen  
13 vorliegt. Das ist bei den Seniorenheimen in der Regel jeder Tag der Woche in der Zeit von 7-21  
14 Uhr und bei Kindergärten in der Regel werktags von 7-20 Uhr. Zu restlichen Tages- und  
15 Nachtzeiten ist in der Regel keine besondere Geschwindigkeitsbegrenzung nötig, da sie ihren  
16 Zweck des besonderen Schutzes der Nutzer der Einrichtungen verfehlen würde.

### 17 Nächtliches Tempo 30 nutzt weder Anwohnern noch Verkehrsteilnehmern

18 Die Jungen Liberalen Hessen wenden sich gegen die Einführung einer flächendeckenden  
19 Einführung eines nächtlichen Tempo 30 auf innerstädtischen Hauptverkehrsachsen. Diese  
20 Maßnahmen fördern weder nachhaltig die Reduzierung der Lärmbelästigung, noch haben diese  
21 positive Auswirkungen auf CO<sub>2</sub>, NO<sub>x</sub> oder Feinstaubemissionen.

22 Moderne Technologien sind in der Lage, Lärmbelästigungen an Straßen zu reduzieren. Wir  
23 blicken daher mit großen Erwartungen der Elektrifizierung des Individualverkehrs und des ÖPNV  
24 entgegen. Darüber hinaus sind die Möglichkeiten der Straßensanierung mit sog. "Flüsterasphalt"  
25 zu prüfen.

### 26 Landesförderprogramme

27 Das Land Hessen vergibt im Rahmen von Förderprogrammen unter anderem auch Mittel um  
28 Tempo 30-Zonen entsprechend baulich auszustatten (Straßenverengung, Poller, etc.). Das  
29 lehnen die Jungen Liberalen Hessen ab. Unter anderem wird an der geringen Nachfrage  
30 deutlich, dass es sich bei dieser Maßnahme nur um eine Zurschaustellung von Aktivität des  
31 Ministers im Sinne des entsprechenden Wählerklientels handelt. Insoweit ist es aus der Sicht der  
32 Jungen Liberalen Hessen sinnvoller die entsprechenden Mittel für notwendige  
33 Sanierungsarbeiten an den vielen Landesstraßen zu nutzen, welche sich in einem schlechten  
34 Zustand befinden.

35

36 **Begründung:**

37 erfolgt mündlich

## Antrag zum 69. Landeskongress

Antrag 414

Antragsteller: KV Frankfurt

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Nachtflugverbot wetterfest machen!**

2 Die Jungen Liberalen Hessen fordern, dass die Ausnahmen beim Nachtflugverbot des  
3 Frankfurter Flughafen von Verspätungen, die nicht im Einflussbereich der Fluggesellschaften  
4 liegen, während des gesamten Nachtflugverbot erteilt werden können.

5

### 6 **Begründung**

7 erfolgt mündlich

Antragsteller: KV Frankfurt

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 **Keine Subventionen durch die Hintertür – Globaler** 2 **Wettbewerb auch für Airlines**

### 3 **Globaler Wettbewerb auch für Airlines**

4 Da der weltweite Luftverkehrsmarkt aufgrund fehlender internationaler Behörden nicht reguliert  
5 und beaufsichtigt ist, müssen Agenturen wie die EASA (European Aviation Safety Agency) eine  
6 neue Zuständigkeit dafür erlangen.

7 Dies soll jedoch nicht nach dem Prinzip einer klassischen Kartellbehörde erfolgen, sondern  
8 vorallem in Form eines Schiedsgerichtes, da die bisherige Deregulierung trotz inzwischen  
9 auftretender Probleme den größten Faktor im stetigen Wachstum weltweit ausmacht. Somit ist  
10 dieser geschaffene Markt ein durch die gegenseitige Kontrolle der Konkurrenten untereinander  
11 selbst regulierend.

12 Zudem muss das Problem aber auch global angegangen werden. Organisationen wie die WTO  
13 (World Trade Organization) oder die ICAO (International Civil Aviation Organization) haben  
14 keinerlei Zuständigkeit für den Markt in der Luftfahrtbranche und dieser Zustand muss aus  
15 unserer Sicht behoben werden. Statt den bisherigen bilateralen Abkommen von Staaten unter  
16 einander, muss es auch in der Luftfahrt ein weltweites Handelsabkommen geben, das auch  
17 endgültig die neun Freiheiten der Luft in einem einzigen Abkommen klar regelt, sowie ebenfalls  
18 das bereits beschriebene Konzept eines weltweiten Aviation-Schiedsgerichtes ermöglicht.

19 Dies soll einen weltweiten Markt in einer weltweit operierenden Branche ermöglichen und den  
20 weltweiten Wettbewerb stärken, als auch nationalstaatlichen Protektionismus und  
21 subventionierte Expansion verdrängen.

22 Aufträge vom Staat an private Fluggesellschaften z.B. bei der Versorgung von abgelegenen  
23 Inseln oder ähnlichem sollen trotzdem weiterhin möglich sein. Dies beeinträchtigt weder den  
24 Markt noch stellt es ein sonstiges Risiko dar. Jedoch sollen diese Aufträge nach den jeweiligen  
25 Rechtsordnungen ausgeschrieben werden. Weiterhin muss das die gezahlte Summe im  
26 Verhältnis mit dem Auftrag stehen, um so versteckten Subventionen vorzubeugen.

27

### 28 **Begründung**

29 erfolgt mündlich

## Antrag zum 69. Landeskongress

Antrag 501

Antragsteller: KV Groß-Gerau

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Verlängerung der Legislaturperiode des Deutschen** 2 **Bundestages auf 5 Jahre**

3 Die Jungen Liberalen Hessen fordern die Verlängerung der Legislaturperiode des Deutschen  
4 Bundestages von bislang 4 auf 5 Jahre.

5

#### 6 **Begründung**

7 Hierdurch würde die Einarbeitungszeit der Abgeordneten und der Regierung sowohl als auch die,  
8 unter legislativen Gesichtspunkten betrachtet, eher unproduktive Zeit des  
9 Bundestagswahlkampfes nicht mehr so stark ins Gewicht fallen. Des Weiteren beträgt die  
10 Legislaturperiode in den Landtagen sowie Kommunalparlamenten auch 5 Jahre.

Antragsteller: RV Offenbach

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

**1 Amtszeitbeschränkungen für Bundeskanzler und  
2 Ministerpräsidenten****3 Der 69. Landeskongress möge beschließen:****4 Forderung von Amtszeitbeschränkungen für das Amt des Bundeskanzlers und der  
5 Ministerpräsidenten der Bundesländer**

6

**7 Begründung:**

8 Nach momentaner Lage kann ein Bundeskanzler oder ein Ministerpräsident sich immer wieder,  
9 ohne irgendeine Form einer zeitlichen Begrenzung seines Amtes, wieder aufstellen und wählen  
10 lassen. Dies hat zur Folge, dass der jeweilige Regierungschef sein Amt über eine sehr lange Zeit  
11 ausüben kann, ohne, dass es eine rechtliche Beschränkung für die zeitliche Dauer seiner  
12 Amtszeit gibt. Die negativen Folgen dieser Rechtslage sind, dass sich nicht nur in der  
13 Bevölkerung eine Stimmung der Politikverdrossenheit festsetzen kann, sondern auch, dass in  
14 der Politik selbst sich Stagnation und Lethargie festsetzen. Mögliche Nachfolger mit neuen Ideen  
15 bekommen durch die momentane Rechtslage oftmals keine Chance, sich als Spitzenkandidat,  
16 oder Kanzlerkandidat, aufstellen zu lassen. Außerdem hält der jeweilige Regierungschef auch in  
17 den meisten Fällen den Vorsitz der größten Regierungspartei. Die Fraktion der größten  
18 Regierungspartei versucht in den meisten Fällen ihrem Regierungschef und Parteivorsitzenden  
19 den Rücken zu stärken und seine Politik durchzusetzen, nicht aber als Legislative sich der  
20 Exekutive gegenüberzustellen und ihre Arbeit ernsthaft im Rahmen der Gewaltenteilung zu  
21 überprüfen. So hat also der jeweilige Regierungschef nicht nur die Macht über die Exekutive,  
22 sondern auch eine erhebliche Macht über die Legislative und beschränkt die Macht der  
23 Opposition im Parlament erheblich.

24 Deshalb fordern die Jungen Liberalen Hessen, dass die Amtszeiten des Bundeskanzlers und der  
25 Ministerpräsidenten auf zwei Amtszeiten beschränkt werden sollen. Somit soll es nicht möglich  
26 sein, dass ein Bundeskanzler oder ein Ministerpräsident sich in seinem Amt festsetzt und somit  
27 eine Kultur des Status Quo sich in der Politik festsetzt. Es muss sichergestellt werden, dass eine  
28 Politik des steten Interessenaustausches auf Bundesebene, als auch auf Landesebene,  
29 stattfindet. Amtszeitbeschränkungen sollen hier dazu beitragen, dass sich keine Kultur der  
30 Politikverdrossenheit in den Köpfen der Wählerinnen und Wähler festsetzt.  
31 Amtszeitbeschränkungen sollen auch die Rolle der Legislative und Opposition im Parlament, im  
32 Rahmen der Gewaltenteilung, gegenüber der Exekutive stärken.

Antragsteller: KV Hochtaunus

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 **Terror fürchtet keine Kameras**

2 Für den Einsatz von Videoüberwachung im öffentlichen Raum soll folgender Rahmen gelten:

- 3 1. Videoüberwachung im öffentlichen Raum darf nur an öffentlichen Plätzen eingesetzt  
4 werden, die von der Polizei als kriminelle Hotspots angesehen werden.
- 5 2. Videoüberwachung ist kein Mittel gegen Terrorbekämpfung.
- 6 3. Die automatische Gesichtserkennung im öffentlichen Raum und an Bahnhöfen wird  
7 komplett abgelehnt. Sonstige private Einrichtungen wie Flughäfen sind davon  
8 ausgenommen.
- 9 4. Die Technik, vor allem die Bildqualität, sollte immer dem neuesten technischen Standard  
10 entsprechen, um eine hohe Effizienz zu gewährleisten

11

### 12 **Begründung:**

13 Videoüberwachung im öffentlichen Raum darf nicht als Waffe gegen Terror angesehen und  
14 entsprechend eingesetzt werden.

15 Ihre Wirkung entfaltet sie durch ihre unterstützende Funktion in der Aufklärung von Straftaten.  
16 Bei Terrorakten bekennt sich in der Regel die dahinter stehende Organisation und durch  
17 vorhergehende Observierung potenzieller Gefährder sind die Drahtzieher meist schnell  
18 identifiziert. Die Videoüberwachung bietet bei der Aufklärung von Terrorattacken keinen  
19 nennenswerten Mehrwert im Vergleich zur Freiheitseinschränkung durch permanente  
20 Überwachung normaler Passanten. Anders als Drogendealer, Gewaltverbrecher und  
21 Taschendiebe, werden Terroristen nicht von Kameras abgeschreckt.



## Antrag zum 69. Landeskongress

Antrag 504

Antragsteller: KV Frankfurt

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Rauchverbot in Autos mit Kindern**

2 Die Jungen Liberalen Hessen sprechen sich für ein Rauchverbot in Autos aus, in denen sich  
3 Kinder unter 16 Jahren befinden.

4

5 **Begründung:**

6 Erfolgt mündlich

Antragsteller: KV Gießen

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 **Übergeordnete Überwachung der Polizei**

2 Die Jungen Liberalen Hessen wollen Ermittlungen gegen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten  
3 ausgeübt von Polizisten und Staatsanwälte unabhängiger durchführen. Mit der aktuellen Praxis,  
4 welche international von Menschenrechtsorganisationen als auch der UNO gerügt wird, sind  
5 wird nicht einverstanden.

6 Wir fordern daher, ganz im Sinne der Gewaltenteilung:

7 -Eine dem Justizministerium unterstellte Ermittlungsbehörde mit staatsanwaltschaftlichen und  
8 polizeilichen Befugnissen, die ausschließlich für die Ermittlung gegen Polizei und  
9 Staatsanwaltschaft eingesetzt wird. Dies umfasst Verfehlungen sowohl im Dienst als auch Privat.

10 -Anonymisierte Kennzeichnungspflicht für jeden Polizisten im Dienst unabhängig von Einsatz und  
11 Aufgabenbereich.

12

13 **Begründung:**

14 Erfolgt mündlich.

Antragsteller: Alexander Hausmann

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

1 **Recht spricht, wer das Versmaß nicht bricht ... oder wie**  
2 **ich den Kettenreim lieben lernte!**

3 Die Jungen Liberalen Hessen fordern das Land Hessen dazu auf, Gesetze und Verordnungen  
4 künftig nur noch in Reimform zu verfassen.

5 Dabei ist der Paarreim dem Kreuzreim vorzuziehen. Essentielle Passagen sind mit einem  
6 Schweifreim besonders hervorzuheben.

7 Über die Verfahrensweise, den Wortlaut bestehender Gesetze, Verordnungen und Rechtsakte  
8 sinnerhaltend anzupassen, entscheidet der hessische Landtag binnen eines Jahres.

9 **Begründung:**

10 Erfolgt mündlich und gereimt.

Antragsteller: KV Gießen

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 **Öffnung der Bundeswehr für EU-Ausländer**

2 Die Jungen Liberalen setzen sich für eine Öffnung des Wehrdienstes auch für EU-Bürger ein.  
3 Derzeit ist die Wehrpflicht auf deutsche Staatsangehörige beschränkt. Gleichzeitig fällt es der  
4 Bundeswehr immer schwerer, geeignetes Personal zu rekrutieren. Rekruten ohne deutsche  
5 Staatsangehörigkeit können diese Lücke schließen. Hierbei soll § 37 Soldatengesetz insoweit  
6 angepasst werden, dass in Absatz 1 von nun an auch EU Bürger grundsätzlich Zugang zur  
7 Bundeswehr erhalten.

8

### 9 **Begründung:**

10 Der Wille und die Bereitschaft, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu verteidigen, sind  
11 an keine Nationalität geknüpft. Jeder EU Bürger, soll daher die Möglichkeit erhalten ihren Eid auf  
12 das Grundgesetz zu leisten und den Dienst an der Waffe anzutreten.

13 Seit Abschaffung der Wehrpflicht klagt die Bundeswehr über Rekrutenmangel. Durch Öffnung  
14 der Bundeswehr für EU Ausländer wird dazu beigetragen, die Zahl der Rekruten zu erhöhen um  
15 den wachsenden Aufgaben in der modernen globalisierten Welt begegnen zu können.

16 Zudem ist das Konzept einer streng differenzierenden Staatsbürgerschaft ist in der heutigen EU  
17 überholt. Auf nahezu jedem Arbeitsmarkt herrscht EU weiter Wettbewerb. Eine Ausnahme für die  
18 Bundeswehr ist daher anachronistisch.

19

Antragsteller: André Weber

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 Indiskretionen beim Drogenscreening abschaffen

2 Die Jungen Liberalen Hessen fordern, dass zukünftig zur Kontrolle von Alkoholwerten oder  
3 anderen Messwerten suchterzeugender Stoffe (Drogenscreening), Verfahren angewendet  
4 werden, die die Funktion der Sichtkontrolle durch Kontrollierende bei der Urinabgabe der zu  
5 Kontrollierenden ersetzen.

6

### 7 **Begründung:**

8 Drogenscreening mit Hilfe von Urin ist ein gängiges Verfahren. Als Untersuchungsmatrix wird  
9 Urin in der Substitutionstherapie, im Strafvollzug, in der Bewährungshilfe,  
10 Medizinisch-Psychologische Untersuchung (MPU) und Abstinenzkontrolle verwendet. Aber auch  
11 im Sport ist bekannt, dass Doping auch über abgegebenen Urin festgestellt wird. Mit Hilfe von  
12 speziellen Markern bei der Urinabgabe oder einer Speichelprobe kann die Indiskretion der  
13 Sichtkontrolle vermieden werden. Zum einen sind Manipulationsversuche nahezu  
14 auszuschließen. Zum anderen werden die Tätigen in den Bereichen wie bspw. der Forensik nicht  
15 mehr gezwungen Patient/-innen beim Urinieren zu zusehen, um diese zu kontrollieren. Sich  
16 durch optische Kontrolle anderer beim Urinieren kontrollieren lassen zu müssen, kann in keinem  
17 Falle mit einer liberalen Grundhaltung vereinbar sein.

18

Antragsteller: KV Darmstadt, Florian Möller

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 **Heimatverbundenheit für Hessen**

2 Der Landeskongress möge beschließen:

3 Die Jungen Liberalen Hessen fordern, den Löwen im Wappen des Landes Hessen durch einen  
4 Waschbären zu ersetzen.

5

### 6 **Begründung**

7 Während der Löwe nur eine Anleihe beim thüringischen Adelsgeschlecht der Ludowinger ist,  
8 stellt der Waschbär eine wahre hessische Erfolgsgeschichte dar. So haben die Waschbären seit  
9 1934 ihren Bestand von anfangs vier Tieren auf eine niedrige bis mittlere sechsstellige Zahl  
10 vervielfacht. Die Geschichte der Waschbären in Hessen stellt eine in der Tierwelt nahezu  
11 einmalige Erfolgsgeschichte dar und macht sie zu einem der erfolgreichsten Neozone der  
12 Tiergeschichte.

13 Die einzigen freilaufenden Löwen im Bundesland, welche aus Frankfurt stammen, erregen  
14 hingegen lediglich dadurch Aufmerksamkeit, dass sie sich regelmäßig von einem Rudel Huskies  
15 aus Kassel auf die Mütze geben lassen.

16 Ebenfalls ist der Waschbär bereits heute ein absoluter Sympathieträger in Hessen. Die Stadt  
17 Kassel nutzt ihn bereits jetzt zu Werbezwecken.

18 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

## Antrag zum 69. Landeskongress

Antrag 510

Antragsteller: Nicolas Obitz, Alex Haas, Marcel Becker, KV Junge Liberale Lahn-Dill

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Gegen Bevormundung! Rauchen ist keine Schande**

2 Die Jungen Liberalen Hessen sehen die Umsetzung der EU-Tabakproduktrichtlinie 2 mit großer  
3 Skepsis.

4 Die EU-Tabakproduktrichtlinie sieht ein Verbot von Zigaretten und Feinschnitttabaken mit einem  
5 charakterisierenden Aroma vor. Dies betrifft insbesondere Menthol-Zigaretten, die nur noch bis  
6 zum 19. Mai 2020 verkauft werden dürfen. Mit einem Marktanteil von 2,7 Prozent tragen  
7 Mentholzigaretten mit rund 490 Mio. Euro zum Steueraufkommen in Deutschland bei.

8 Mit der EU-Tabakproduktrichtlinie wurden zusätzlich Warnhinweise in Bild und Text eingeführt.  
9 Diese müssen 65% der Vorder- und Rückseite, sowie 50% der Seitenflächen bei Packungen für  
10 Zigaretten und Feinschnitt einnehmen. In Verbindung mit dem verpflichtenden Aufdruck eines  
11 Sicherheitsmerkmals, Identifizierungs- und EAN-Code sowie des Steuerzeichens bleibt den  
12 Herstellern deutlich weniger als die Hälfte der Verpackungsfläche für die individuelle Gestaltung  
13 und selbst diese ist stark reglementiert. Es werden zudem bestimmte kennzeichnende Elemente  
14 und Merkmale des Produkts auf der Verpackung verboten: Hinweise, die sich z. B. auf  
15 Aromastoffe, Geschmack oder Geruch beziehen, dürfen nicht abgedruckt werden, Angaben zum  
16 Nikotin- und Schadstoffgehalt entfallen. Die Differenzierung der Produkte im Wettbewerb wird  
17 dadurch erheblich erschwert.

18 Zur besseren Absicherung des EU-Binnenmarktes sieht die Tabakproduktrichtlinie eine  
19 lückenlose Nachverfolgbarkeit der Produkte entlang der Lieferkette vor. Dazu ist die Nutzung von  
20 Sicherheitsmerkmalen zur Fälschungsbekämpfung verpflichtend. Mit der Vorgabe, jede einzelne  
21 Packung nachverfolgen zu können, ist ein großer administrativer und technischer Aufwand  
22 verbunden. Dies gilt insbesondere für die vielen mittelständischen Lieferkettenteilnehmer im  
23 Groß- und Einzelhandel. Ziel muss es sein, hier Kosteneffizienz mit maximaler Effektivität zu  
24 erreichen. Denn es muss es auch in Zukunft möglich sein, dass Marktteilnehmer die für ihren  
25 Betrieb passendsten Technologielösungen aus einem wettbewerbsorientierten Zuliefererumfeld  
26 wählen können. Eine einheitliche Informationsverarbeitung kann hierbei ohne weiteres durch die  
27 Nutzung von international genormter und offener Standards gewährleistet werden. Die  
28 Telekommunikationsindustrie hat im Bereich internationaler Vernetzung eindrücklich bewiesen,  
29 dass dies funktioniert. Monopolistische Technologieansätze führen hingegen unweigerlich zu  
30 immensen Kosten und technologischem Stillstand. Und damit zum Misserfolg bei der  
31 Eindämmung des Illegalen Handels.

32 Mit Blick auf oben genannte Fakten fordern die Jungen Liberalen Hessen:

- 33 1. Die Aussetzung des Verbots von Aromastoffen in Zigaretten und Feinschnitttabaken.  
34 Jeder volljährige Raucher kann selbst entscheiden, ob er seinen Tabak mit oder ohne  
35 Aromazusatz genießen möchte.
- 36 2. Die Warnhinweise sind so aufzubringen, dass sie nach dem Kauf des Tabakproduktes

- 37 rückstandsfrei zu entfernen sind und somit dem Hersteller die Wahl zur freien Gestaltung  
38 der Verpackung lassen. Besonders mit Blick auf hochwertige Pfeifentabaksdosen oder  
39 Zigarrenkisten, ist es dem Genussraucher nicht zuzumuten, seine hochwertige  
40 Verpackung dauerhaft verunstalten zu lassen.
- 41 3. Den Produzenten ist freie Hand bei der Wahl des Produktnamens und der Beschreibung  
42 des Produkts zu lassen. Natürlich darf (und sollte) aus einem Namen und einer  
43 Beschreibung hervorgehen was der Konsument kauft. Stoppt den Verkauf von  
44 "Wundertüten" im Tabakbereich!
- 45 4. Die Nikotin-, Teer- und Kohlenmonoxidwerte müssen wieder auf den  
46 Zigarettenpackungen abgedruckt werden dürfen. Leicht- oder Stark? Probieren Sie es  
47 doch aus!
- 48 5. Die Registrierung eines neuen Tabakprodukts erfolgt einmal bei der zuständigen Stelle  
49 mit Angabe der Inhaltsstoffe etc. Unter wie vielen Namen und Gebindegrößen der  
50 Hersteller das Produkt schlussendlich vermarktet, bleibt ihm überlassen. Hiermit wird die  
51 Bürokratie und der finanzielle Aufwand erheblich gesenkt und gerade der Mittelstand in  
52 Form von Importeuren für Tabakprodukte usw. wird kolossal entlastet.

53

54 **Begründung:**

55 erfolgt mündlich



Antragsteller: Georg Wässa

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 **The night is dark - not full of terrors**

2 Die Jungen Liberalen Hessen fordern ein umfassendes Konzept und ausgewogene Maßnahmen  
3 der Landesregierung zur Reduzierung der Lichtverschmutzung.

### 4 **Begründung:**

5 Die künstliche Lichtverschmutzung durch die Beleuchtung von Gebäuden und Verkehrswegen  
6 hat in den letzten Jahren enorm zugenommen. Dabei ist mitnichten nur ein Ballungsgebiet wie  
7 Rhein-Main betroffen, sondern mit Ausnahme weniger Landstriche ganz Deutschland.

8 Schon eine normale Kleinstadt erzeugt eine Lichtglocke im Umkreis von 25 Kilometer. Für das  
9 dicht besiedelte Deutschland bedeutet dies, dass im Mittel auf der von 1-9 laufenden  
10 Bortle-Skala der Wert 4 nahezu nirgends unterschritten. Der Wert 1, welcher einen natürlichen  
11 Nachthimmel darstellt, wird in ganz Mitteleuropa nicht erreicht.

12 Direkte und indirekte Folgen der Lichtverschmutzung sind dabei sehr vielfältig. So wird  
13 geschätzt, dass pro Nacht bis zu 1 Mrd. Insekten an Außenlaternen in Deutschland elendig  
14 verrecken. Als wichtigster Grundpfeiler der gesamten kontinentalen Nahrungskette ist dieses  
15 Insektensterben fatal.

16 Auch aus romantischer Sicht ist die zunehmende Verhellung des Nachthimmels bedenklich.  
17 Während in Hessisch-Sibirien verliebte Teenager noch die Möglichkeit haben auf der  
18 Gartenparty den alten Trick des Sterneguckens anzuwenden, geht den Großstädtern ein  
19 wichtiges Mittel zur Anbahnung zwischenmenschlicher Liebelein abhanden.

20 Weiterhin wird aufgrund der zunehmenden Lichtverschmutzung Millionen Menschen die  
21 Möglichkeit der Hobbyastronomie genommen, da komplexere Sternbilder bei den hiesigen  
22 Lichtverhältnissen nur schwer zu erkennen sind. Das Beobachten der Sterne gehört zu den  
23 ältesten wissenschaftlichen Disziplinen und hat eine hohe kulturelle Bedeutung. Nicht umsonst  
24 prägen Sprichwörter wie "Griff nach den Sternen" unser Streben nach Fortschritt und Erfolg.

25 Zu guter letzt ist eine Reduzierung der Lichtemissionen gleichzeitig mit einer Reduzierung des  
26 Energiebedarfs und des damit verbundenen Ausstoß von Treibhausgasen verbunden.

27 Dunkelheit ist nichts was man bekämpfen muss und nachts um 3 ist es weder notwendig eine  
28 Straße noch eine Statue zu beleuchten.

29

Antragsteller: KV Gießen

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

1 **Freigabe von Schusswaffen zur Waschbärenjagd**

2 Die Jungen Liberalen fordern die Freigabe von Schusswaffen zur Jagd auf Waschbären.

3 **Begründung:**

4 Waschbären sind in Deutschland nicht nur eine fremde Art. Ohne natürlichen Fressfeind

5 vermehren sie sich unkontrolliert und richten in heimischen Ökosystemen Schäden an. Aber

6 nicht nur die Natur leidet, auch geht von ihnen eine Gefahr für den Menschen aus. Hier geht

7 es nicht mehr nur um Fälle von Diebstahl. Auch stehen Waschbären im Verdacht, politische

8 Jugendverbände zu unterwandern und für ihre Zwecke zu nutzen.

Antragsteller: KV Waldeck-Frankenberg

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

1 **Landwirtschaft erfahrbar machen – Was der Verbraucher**  
2 **kennt, das beschimpft er nicht**

3 Die Jungen Liberalen Hessen fordern die Einführung eines "Freiwilligen Landwirtschaftlichen  
4 Jahres", analog zu den bereits bestehenden Modellen von FSJ, FPJ und FÖJ.

5

6 **Begründung:**

7 Mit dem Freiwilligen Landwirtschaftlichen Jahr wird jungen Menschen die Möglichkeit gegeben,  
8 Einblicke in landwirtschaftliche Arbeitsprozesse zu gewinnen und ihr Bewusstsein für die  
9 Produktion von Lebensmitteln zu erweitern. Als Träger der Maßnahmen können  
10 Bauernverbände, Maschinenringe und Agrarunternehmen eingebunden werden.

11 Das FLJ könnte darüber hinaus der zunehmenden Entfremdung vor allem städtisch geprägter  
12 Teile der Bevölkerung von der Landwirtschaft entgegenwirken. Im Dialog über die Zukunft der  
13 Landwirtschaft würde diese Maßnahme auf Austausch statt auf Verhärtung der Fronten setzen.

14 *Weitere Begründung erfolgt mündlich*

Antragsteller: KV Marburg-Biedenkopf, Philipp Kellermann

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 **Freies video-on-demand statt staatliches demand on** 2 **video**

3 Die Jungen Liberalen Hessen sprechen sich gegen die vom EU Ministerrat beschlossene  
4 Medienrichtlinie aus, nach der video-on-demand Anbieter künftig mindestens 30 Prozent  
5 europäische Produktionen in ihr bereitgestelltes Programm aufnehmen müssen.

6 Anstatt dessen setzen sich die Jungen Liberalen Hessen dafür ein, staatliche Kulturförderung  
7 gezielter einzusetzen. Damit soll gewährleistet werden, dass europäische Filmproduktionen  
8 wettbewerbsfähiger gegenüber nicht-europäischen Produktionen werden.

9

### 10 **Begründung:**

11 Im Mai dieses Jahres hat der Ministerrat der EU beschlossen, dass video-on-demand Anbieter  
12 künftig mindestens 30 Prozent europäische Filme in ihr bereitgestelltes Programm aufnehmen  
13 müssen. Diese Regelung tritt voraussichtlich im Frühjahr 2018 in Kraft. Diese Regulierung des  
14 Marktes stellt einen Verstoß gegen das marktwirtschaftliche Zusammenspiel zwischen Angebot  
15 und Nachfrage dar, da hierbei von der legislativen Gewalt aktiv eingegriffen wird. Ein fairer  
16 Wettbewerb zwischen verschiedenen Produzenten um die Hoheit der Gunst der Konsumenten ist  
17 durch die Regulation nicht mehr gewährleistet, weshalb die Regelung damit aus marktliberaler  
18 Sichtweise untragbar ist.

19 Stattdessen ist es aus liberaler Sicht wünschenswert, Chancengleichheit zu gewährleisten.  
20 Durch die nationale Kultur- und Filmförderung wird sichergestellt, dass nationale Produktionen  
21 als Kulturgut bestehen bleiben.

Antragsteller: KV Main-Taunus

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

**1 Staatliche Administratoren anstelle privater  
2 Löschkommandos**

3 Die Jungen Liberalen Hessen fordern die umgehende Abschaffung des Maas'schen  
4 Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG). Hoheitliche Aufgaben wie die Bekämpfung  
5 strafrechtlich relevanter Äußerungsdelikte (Volksverhetzung, Holocaustleugnung etc.) in sozialen  
6 Netzwerken wie zum Beispiel Facebook dürfen nicht von privaten Löschkommandos  
7 wahrgenommen werden. Stattdessen müssen Soziale Netzwerke gesetzlich gezwungen werden  
8 staatlichen Stellen, insbesondere den auf Cyberkriminalität und polizeilichen Staatsschutz  
9 spezialisierten Polizeieinheiten auf Landes- und Bundesebene, Administratoren-Rechte  
10 einzuräumen. Diese technischen Rechte müssen den Polizeivollzugsbeamten die Möglichkeit der  
11 Löschung von offensichtlich strafbaren Beiträgen im Rahmen der Gefahrenabwehr sowie die  
12 zweifelsfreie Identifizierung der Verfasser inkriminierter Beiträge (mindestens IP-Adresse) bieten,  
13 um eine Strafverfolgung zu ermöglichen.

14 Die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur zügigen Bearbeitung der anfallenden  
15 Strafverfahren wird in diesem Zusammenhang von den Jungen Liberalen Hessen als  
16 zweckmäßig angesehen.

17 Darüber hinaus müssen die Betreiber sozialer Netzwerke gesetzlich gezwungen werden  
18 technisch sicherzustellen, dass Benutzer sozialer Netzwerke nur mit Daten interagieren können,  
19 welche deutscher Jurisdiktion unterworfen sind. Nur so ist die Durchsetzung des Verbots von  
20 Handlungen wie die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen  
21 (§ 86a StGB), die nur in Deutschland nicht jedoch in anderen Ländern strafbar sind, möglich.

22

**23 Begründung:**

24 Erfolgt mündlich.

Antragsteller: KV Gießen

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 **Unabhängigkeit für Kurdistan**

2 Die Jungen Liberalen Hessen sprechen sich für einen unabhängigen kurdischen Staat aus.  
3 Dadurch besteht die Möglichkeit einen demokratischen Stabilitätsanker in der Region zu  
4 etablieren

5 Mit 40 Millionen Mitgliedern sind die Kurden das weltweit größte Volk ohne einen eigenen Staat.

6 Begründung:

7 Erfolgt mündlich.

Antragsteller: KV Wiesbaden

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

**1 Jamaika ist bisher vor allem eine schöne Insel**

2 Die Jungen Liberalen Hessen begreifen die Freien Demokraten als eigenständige Kraft, die in  
3 Wahlen nicht als Mehrheitsbeschafferin anderer Parteien, sondern mit eigenen Überzeugungen  
4 zur Wahl steht. Die Freien Demokraten treten bei Wahlen in Bund, Land oder Kommune an, um  
5 Politik zu gestalten und in Verantwortung liberale Programmatik umzusetzen. Einen "natürlichen"  
6 Koalitionspartner kann es nach unserer Ansicht dabei nicht geben. Koalitionsmöglichkeiten sind  
7 in jedem Umfeld neu auszuloten, Automatismen existieren nicht. Eine politische Zusammenarbeit  
8 mit rechtem oder linkem Rand ist für uns allerdings ausgeschlossen. Dies muss bei zukünftigen  
9 Wahlen in Land oder in Bund gelten.

10 Als Junge Liberale Hessen unterstützen wir unsere Mutterpartei echten politischen Wandel in  
11 Deutschland herbeizuführen. Daher sind Koalitionsvereinbarungen deren Titel "Weiter so wie  
12 gestern" lauten könnten inakzeptabel. Die von uns angestrebten Veränderungen müssen sich  
13 auch in einem Koalitionsvertrag wiederfinden.

14 Bezüglich der aktuell verhandelten Jamaika-Koalition nach der Bundestagswahl 2017 zwischen  
15 CDU, FDP und Grünen ergibt sich für uns hieraus nichts anderes. Wir begrüßen die Übernahme  
16 von Verantwortung der Freien Demokraten für Deutschland und daher die Aufnahme von  
17 Gesprächen. Das Ergebnis darf jedoch nicht ein sozialdemokratisches "weiter so" sein – die  
18 Zeilen eines Abschlusspapiers müssen den Spirit der Veränderung tragen. Andernfalls bleibt  
19 Jamaika für die Jungen Liberalen Hessen vor allem eine schöne Insel.

Antragsteller: KV Wiesbaden

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 69. Landeskongress möge beschließen:

## 1 **Junge Liberale im Umgang mit linken und rechten** 2 **Populisten**

3 Die Jungen Liberalen Hessen sehen sich als liberale Kraft der Mitte, welche im Sinne  
4 gesamtstaatlicher Verantwortung, den Diskurs mit anderen demokratischen Parteien sucht.

5 Das politische Umfeld sowie die deutsche Gesellschaft sieht sich momentan tiefgreifender  
6 Umwälzungen gegenüber. Parteibindungen schwinden, Wertorientierungen ändern sich,  
7 demographischer Wandel, Globalisierung und Digitalisierung gehen an Deutschland nicht spurlos  
8 vorbei.

9 Im Rahmen dieser neuen Ordnung ist mit der AfD eine neue autoritär-konservative Kraft  
10 entstanden, welche mit ihrer Rhetorik, Auftreten und Programmatik den  
11 freiheitlich-demokratischen Grundkonsens der Bundesrepublik auf die Probe stellt.

12 Die Jungen Liberalen Hessen sehen in dieser sogenannten Alternative für Deutschland einen  
13 Schaden für die repräsentative Demokratie. Dies begründet sich unter anderem damit, dass  
14 diese neue Partei gerne verbreitet, dass die Mandatsträger der anderen Parteien ihre  
15 Geldentschädigungen kassieren und dabei keine wirkliche Politik für die Bevölkerung machen.  
16 Gleichzeitig zeigt sich ein eklatantes inhaltliches Versagen bei der täglichen politischen Arbeit  
17 der Alternative. Die Jungen Liberalen Hessen werden es nicht zulassen, dass diese Partei den  
18 Ruf der repräsentativen Demokratie weiter beschädigt, indem sie das von ihr kritisierte Verhalten  
19 selbst an den Tag legt. Wir verurteilen dies ausdrücklich.

20 Als Junge Liberale gehen wir ohne Furcht und in liberaler, aufgeklärter Tradition diese  
21 Herausforderung an und sind von der Macht des besseren Arguments überzeugt. Wir wollen uns  
22 der inhaltlichen Debatte mit der AfD gerade nicht entziehen, sondern diese vielmehr stellen und  
23 dem Populismus unsere freiheitliche Weltanschauung entgegenstellen. Eine harte aber  
24 respektvolle Auseinandersetzung mit den Inhalten und der Arbeitsweise ist für uns geboten und  
25 wird von uns in nächster Zeit forciert werden.

26 Eine liberal-progressive Jugendorganisation hat mit den Jugendorganisationen der  
27 autoritär-konservativen AfD genauso wenig gemeinsam, wie mit der Jugendorganisation der  
28 autoritär-sozialistischen Linken. Wir verweigern uns als demokratische Vorbilder zwar nicht dem  
29 Austausch, für eine gemeinsame politische Arbeit sehen wir jedoch keine gemeinsamen  
30 Grundüberzeugungen mit diesen Gruppen.